



»Jugendarbeitspolitik und
(Forschungs)-Projekte«
Berichte aus den Landesverbänden

01 ▲ 2018

OFFENE JUGEND ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

www.offene-jugendarbeit.info

INHALT

3 ZUR EINFÜHRUNG

6 MORITZ SCHWERTHELM, INGO-FELIX MEIER

Der 15. Kinder- und Jugendbericht aus der Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

12 ANKE MIEBACH-STIENS, CARSTEN KUNISS

Impulse für die Weiterentwicklung der Fachkräftesituation in der Kinder- und Jugendhilfe

20 ANNETT BAUER, SEBASTIAN MÜLLER

Wozu brauchen wir professionelle Jugendarbeit?

24 MARTIN BACHHOFER

Wer kommt und wer kommt nicht?

Sechs Untersuchungen zur Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit

34 THEO KOCH, ALEXANDRA GROSS, TOBIAS DRUMM, ANDRÉ PIRO

Demokratie leben in selbstverwalteten Jugendtreffs

Erfahrungen bei der Umsetzung eines Modellprojektes zur Förderung von Demokratiekompetenzen in ländlichen Räumen

44 HANNA STINZENDÖRFER

„Becoming a part of Europe“ – ein transnationales Projekt zum Thema „Migration und Flucht“

48 ALEXANDRA ZAMINER, BENGT ERIK BETHMANN

Mobile, aufsuchende Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen – Ein Projekt des Jugend- und Kindermobils JuKiMob





Zur Einführung

Die Praxis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist reichhaltig und divers in den zahlreichen Einrichtungen vor Ort. Als eines der zentralen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich diese vielfältige Bandbreite auch in den Themen, mit denen sich die einzelnen Landesverbände der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf (jugend-)politischer Ebene beschäftigen, und somit auch die BAG OKJE e. V.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit steht mit ihrem besonderen Setting für Offenheit, Partizipation und Freiwilligkeit und bietet Kindern und Jugendlichen mit ihren Angeboten vor allem die Möglichkeit, ihre Wirksamkeit zu erproben und erleben, Herausforderungen anzunehmen und Freiräume zu gestalten. Junge Menschen entfalten in diesen Prozessen ihre Persönlichkeit, lernen, ihre Interessen zu vertreten, handeln mit anderen Gleichaltrigen Fragen des Alltags aus und erwerben Haltungen für unser demokratisches Zusammenleben. Offene Kinder- und Jugendarbeit ist zugleich einer der letzten öffentlichen Orte, in dem Kinder und Jugendliche einfach mal nichts tun können, in dem Zeit nicht immer bereits vorgeplant und ausgefüllt ist.

Begleitet und betreut werden die jungen Menschen durch (sozial-)pädagogisches Fachpersonal. Diese Fachkräfte sind neben den Eltern und Lehrer/innen wichtige erwachsene Bezugspersonen. Die offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen sind da-

her ein zentraler Ort der Entwicklung für junge Menschen. Hierbei stellen die selbstverwalteten offenen Einrichtungen noch besondere Chancen für Selbsterfahrung und Wirksamkeitserleben dar.

Diesen „Reichtum“ der Kinder- und Jugendarbeit anhand von Beispielen aus offenen Einrichtungen oder aus der Arbeit der Landesverbände und Arbeitsgemeinschaften abzubilden, ist der Fokus dieser Ausgabe der OJA. Deutlich werden dabei die Besonderheiten und Eigenarten der zahlreichen Angebote und Arbeitsschwerpunkte und die Notwendigkeit, diese sozialen Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche zu öffnen, zu beleben und politisch zu stärken.

Zu den einzelnen Beiträgen

Mortiz Schwerthelm und **Ingo-Felix Meier** setzen sich mit dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung auseinander. Aus ihrer Sicht betonen die Autorinnen und Autoren des Berichts die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik. Kritisch wenden sie sich allerdings gegen die mangelnde Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Angebotsformen, insbesondere der verbandlichen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Damit nehmen sich die Verfasserinnen und Verfasser des Jugendberichts selbst die Chance, die unterschiedlichen Möglichkeiten

zu entwickeln, die in diesen beiden Angebotsformen jeweils aufgehoben sind. Das bedeute keine Absage an eine intensive Zusammenarbeit. Im Gegenteil, im Interesse der Kinder und Jugendlichen sei eine enge Kooperation unverzichtbar.

Anke Miebach-Stiens und **Carsten Kuniß** berichten über das Forschungsprojekt „be/pe/so – Berufswege und Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft“, an dem die AGJF Sachsen zentral beteiligt war. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von Strategien, wie dem wachsenden Mangel an Fachkräften und prekären Arbeitsverhältnissen entgegengewirkt werden kann. Im Blick haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesem Projekt aber auch ein besonderes Problem der Offenen Kinder- und Jugendarbeit: Viele der kleinen örtlichen Träger haben im Grunde keine Möglichkeiten, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Entwicklung einer zufriedenstellenden beruflichen Biographie zu unterstützen.

Annett Bauer und **Sebastian Müller** vom Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V. setzen sich mit einem uralten Problem der Kinder- und Jugendarbeit auseinander – nämlich dem Credo vieler Kommunalpolitikerinnen und –politiker: „Das kann doch auch ein Ehrenamtlicher, wofür sollen wir pädagogisches Personal bezahlen?“ Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Leistungen und Wirkungen, fassen sie die besonderen Möglichkeiten der Kinder- und Jugendarbeit zusammen, um die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu fördern. Sie fordern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch dazu auf, ihre Arbeit

im Dialog mit ihren Besucherinnen und Besuchern kontinuierlich zu reflektieren und methodisch weiterzuentwickeln, um sie in der Öffentlichkeit kompetent und selbstbewusst vertreten zu können.

Martin Bachhofer von der AGJF Baden-Württemberg berichtet über ein von der Stuttgarter Landesregierung finanziertes Forschungsprojekt zur „Reichweite“ der Kinder- und Jugendarbeit. Zentrale Fragestellungen waren dabei u. a.: Wer besucht die Einrichtungen aus welchen Gründen, und wer nicht? Welche Interessen verbinden die Kinder und Jugendlichen mit ihrem Besuch? Aktuell wird darüber diskutiert, wie die gesammelten Erkenntnisse aus den quantitativen, aber auch qualitativen Erhebungen in die politische Diskussion eingebracht werden können.

Theo Koch, Alexandra Groß, Tobias Drumm und **André Piro** von juz-united, dem Zusammenschluss der selbstverwalteten Jugendzentren im Saarland, berichten über ein Projekt zur „Förderung von Demokratiekompetenzen in ländlichen Räumen“. Im Rahmen des Projekts werden Initiativgruppen bei der Entwicklung von nachhaltigen Strukturen zur Selbstorganisation beraten und unterstützt. In Workshops geht es um die Entwicklung demokratischer Binnenstrukturen. Ein wesentliches Ziel ist es, unterschiedliche Methoden zu entwickeln, um Jugendliche in der Jugendzentrumsarbeit kontinuierlich zu unterstützen.

Hanna Stinzendörfer von der AGOT NRW – Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e.V. – berichtet über ein europäisches Projekt, das sich mit der Frage beschäftigt, „welchen Beitrag die

Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe zur Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen leistet und wie diese Prozesse durch eine europäische Zusammenarbeit unterstützt werden können“. Sie erläutert v. a., wie die Zusammenarbeit der Vertreterinnen und Vertreter aus neun Ländern organisiert wird.

Alexandra Zaminer und **Bengt Erik Bethmann** stellen ein Projekt des Jugend- und Kindermobil – JuKimob – des VCP Hannovers vor. Mit einem eigenen Fahrzeug wird seit einigen Monaten in einem Geflüchtetenwohnheim im Stadtteil Ah-

lem nach langen Diskussionen zur Konzeption und zur Finanzierung ein zusätzliches Angebot gemacht. Zwar stößt das Angebot bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Heimes auf große Resonanz, die beabsichtigte Integration von einheimischen Kindern und jüngeren Jugendlichen aus dem Stadtteil erweist sich bisher aber noch als schwierig. Mit besonderen Aktionen in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband, z. B. Freizeiten und Ausflügen, wollen die Kolleginnen und Kollegen diesen integrativen Aspekt ihres offenen Angebots in Zukunft weiterentwickeln.

Anzeige

Streetdance in Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Der Fotobildband zeigt die Streetdancer in Aktion: im Alltag, beim Training, bei Shows und Contests. Auch die Orte, an denen diese besondere Form der Jugendkultur zu finden ist, werden ins Bild gerückt: die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. In kleinen Texten, Statements und Geschichten erzählen Tänzer/innen und Mitarbeiter/innen von ihrer Leidenschaft. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen, ihre Ideen, in Schwierigkeiten und Erfolge und in das, was sie immer wieder am Streetdance begeistert.

Bezug:

108 Seiten, **Preis: 5,- €** zzgl. Versandkosten



Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V.

Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart

Tel.: 0711-8969 15-0 · Fax: 0711-8969 15-88

E-Mail: info@agjf.de

www.agjf.de/index.php/

[fotobildband.html](http://www.agjf.de/fotobildband.html)

www.streetdance-bw.de



Der 15. Kinder- und Jugendbericht aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Im letzten Jahr erschien der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Jugend ermöglichen“. In Bezug auf die Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland sind dazu bereits einige Analysen und Kommentare erschienen (z. B. VOIGTS 2017A, B; ZÜCHNER 2017). Mit diesem Artikel soll in aller Kürze der Versuch unternommen werden, einige der wichtigsten Aussagen des 15. Kinder- und Jugendberichts in Bezug zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu nennen und aus deren Perspektive zu bewerten.

Kinder- und Jugendarbeit als maßgeblicher Akteur für eine jugendgerechte Gesellschaft

Es wird zunächst deutlich, dass der Bericht viele Aussagen enthält, die die Bedeutung der OKJA – aber vor allem die der Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen – für das Aufwachsen junger Menschen in Deutschland und ihre besondere Aufgabe für die Demokratiebildung und politische Bildung unterstreichen (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 424). Ihr wird eine bedeutende Rolle im „institutionellen Gefüge des Aufwachsens“ (ebd., S. 72) zugesprochen und sie wird innerhalb des Berichts in einem eigenen Kapitel (Kapitel 6) prominent diskutiert. Kinder- und Jugendarbeit würde „als wichtiger Teil der kinder- und jugendpolitischen Infrastruktur in allen Bundesländern und in den Kommunen vielfältige Möglichkeitsräume zur Qualifizierung, Selbstpositionierung und Ver selbstständigung“ eröffnen (VOIGTS 2017B, S. 314). So ist dann sogar in der Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht zu lesen:

„Die Bundesregierung sieht in der Kinder- und Jugendarbeit einen maßgeblichen Akteur für eine jugendgerechte Gesellschaft und teilt damit die Einschätzung des Kinder- und Jugendberichtes“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 18).

Gleichzeitig enthält der 15. Kinder- und Jugendbericht jedoch auch Aussagen, die problematische Konsequenzen für die gesamte Jugendarbeit hätten. Dazu gehört vor allem der Gedanke, die Offene der Verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit zu subsumieren, ohne ihre unterschiedlichen strukturellen Möglichkeiten für die Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen zu diskutieren und auch einen eigenen fachpolitischen Vertretungsanspruch der OKJA für unnötig zu erklären. Im Folgenden soll argumentiert werden, dass die Kinder- und Jugendarbeit und deren spezifische Qualität für die demokratische Gesellschaft und ihre Mitglieder zwar gemeinsam von Verbandlicher und Offener Kinder- und Jugendarbeit stark gemacht werden kann und sogar muss, ohne dabei aber die theoretischen, strukturellen, fachpolitischen Unterschiede dieser beiden Organisationsformen von Jugendarbeit zu vernachlässigen. Unseres Erachtens ist die Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit vor allem dann sinnstiftend, wenn damit ein (Selbst-)Bewusstsein um ihre unterschiedlichen Ausprägungen in Bezug auf das gemeinsame Ziel der demokratischen Bildung einhergeht.

Das Selbstbewusstsein der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Das Verhältnis von Verbandlicher und Offe-

ner Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich zu klären, wird hier nicht gelingen können und ist auch nicht Anspruch dieses Artikels. Thematisiert werden soll, warum der folgende Satz des Jugendberichts in einer solchen Grundsätzlichkeit zu problematischen Konsequenzen führen könnte und deshalb hier präzisiert werden sollte:

„Die grundsätzliche Trennung von Kinder- und Jugendarbeit in eine offene und eine jugendverbandliche Kinder- und Jugendarbeit ergibt heute ebenso wenig einen Sinn, wie die alleinige Zuordnung der offenen Angebote zu den öffentlichen Trägern und die [...] als verbandlich definierten, gruppenbezogenen Formen zu den freien Trägern.“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 371)

Dazu vorweg: Das Kinder- und Jugendhilfegesetz unterscheidet die Kinder- und Jugendarbeit in § 11 Abs. 2 SGB VIII zwischen „für Mitglieder bestimmte Angebote“, „die offene Jugendarbeit“ und „gemeinwesenorientierte Angebote“. Angeboten wird Jugendarbeit „von Verbänden, Gruppen und Initiativen der Jugend, von anderen Trägern der Jugendarbeit und der öffentlichen Jugendhilfe“. Die Aussage des Berichts gründet sich nun auf der empirischen Erkenntnis, „dass neben der klassischen Form der Mitgliedschaft vielfältige andere Formen des Engagements und der Inanspruchnahme der verbandlichen Angebote zu beobachten sind und dass der Mehrzahl der Verbände das Prinzip der Mitgliedschaft als die Voraussetzung zur Teilnahme an Bedeutung verliert (vgl. auch VOIGTS 2013a/b)“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 404). Wenn die Verbandliche Jugendarbeit also offene Angebote macht, was historisch nicht neu ist, könne doch die Trennung zwischen OKJA und Verbandlicher Jugendarbeit aufgegeben werden, so die Berichtskommission.

Dieser Schluss provoziert allerdings zwei Nachfragen: Zum einen, ob es grundsätzlich eine positive Entwicklung für Kinder und Jugendliche darstellt, wenn das Prinzip der

Mitgliedschaft in der Jugendarbeit mehr und mehr aufgegeben wird. Zum anderen lässt sich fragen, worin die Eigenständigkeit der OKJA besteht und sich ihr Selbstbewusstsein speist, wenn – empirisch völlig nachvollziehbar und richtig – die Polarität (verbandlich = freie Träger und offen = öffentliche Träger) aufgegeben und festgestellt wird, dass Jugendverbände durchaus offene Angebote bereitstellen. Diese Trennung der institutionellen (Träger-) Struktur aufrechtzuerhalten, würde in der Tat Fakten vernachlässigen. Doch unabhängig davon, wer OKJA finanziert, plant, organisiert und durchführt, weist sie doch aufgrund ihrer Strukturcharakteristika spezifische Potenziale auf, wenn die Perspektive der Jugendlichen und ihre Aneignung, Bildung und ihr Aufwachsen im Zentrum der Debatte stehen. Wie nämlich IVO ZÜCHNER (2017, S. 23f) vorschlägt, „lassen sich zwei unterschiedliche Perspektiven einnehmen: [...] auf die Jugendlichen, die in Organisationen und Einrichtungen aktiv sind [...] und auf die Organisationen und Institutionen, die Kindern und Jugendlichen etwa Räume, Zeiten und Inhalte anbieten“. Wenn von „der Jugend“ aus gedacht werden soll, wie es der Jugendbericht vorschlägt, sollte unseres Erachtens an dieser Stelle nicht von der Trägerstruktur her argumentiert werden, sondern aus der Perspektive von Jugendlichen. Wie nehmen Kinder und Jugendliche also Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wahr? Wie unterscheiden diese sich in der Wahrnehmung von Angeboten der Jugendarbeit, die „für Mitglieder bestimmt“ sind? Denn mit der Mitgliedschaft ist ein – auch in der historischen Debatte – wichtiger Begriff angesprochen, wie schon HERMANN GIESECKE (1983, S. 45) deutlich macht:

„Die Vorstellung vom Vorrang der festen Mitgliedschaft in einem Jugendverband, der ja eine der weltanschaulichen ‚Grundrichtungen‘ repräsentiert, war so selbstverständlich, daß es kaum auffiel, wie sehr man damit die Heime [gemeint

sind die ersten offenen Einrichtungen nach 1945] selbst und vor allem ihre Besucher diskriminieren mußte; denn wenn das ‚Eigentliche‘ der Jugendarbeit in der Mitgliedschaft in einem politischen und weltanschaulichen Verband bestand, dann konnte die Arbeit der Heime daran gemessen nur sekundäre, eben Zubringerfunktionen haben, und dann waren deren Besucher gegenüber den Mitgliedern von Jugendverbänden von vornherein diskriminiert. Daß sich so kaum pädagogisches Selbstbewußtsein errichten ließ, liegt auf der Hand.“

Eine bedeutende strukturelle Differenz zwischen Offener und Verbandlicher Kinder- und Jugendarbeit wird also mit dem Begriff der Mitgliedschaft gekennzeichnet. HELMUT RICHTER hat auf diesen Umstand im Zusammenhang mit der Aufgabe der Jugendarbeit zur Demokratiebildung hingewiesen: *„Demokratie [...] realisiert sich [...] theoretisch immer erst und immer schon in ausgezeichneter Weise im Verein, der seine Mitglieder zu Demokraten qualifiziert, indem er sie zugleich immer auch schon Demokraten sein lässt“* (ebd. 2011, S. 233f). In diesem Sinne können Menschen also dann Demokratie lernen und ihnen wird dann demokratisches Handeln ermöglicht, wenn sie schon als Demokrat*innen anerkannt werden. Der Verein sei, so RICHTER, der Ort, an dem dies aufgrund der Regelung der Mitgliedschaft genuin möglich ist. Ohne Mitgliedschaft würde demokratiethoretisch nämlich nicht geregelt sein, wer eigentlich zum demos (zum Volk) gehöre und damit auch nicht geklärt, wer kratia (die Herrschaft) ausüben dürfe. Es wäre ohne die Klärung von Mitgliedschaft also nicht bestimmt, wer wann über was mitbestimmen darf.

Wie ist es nun mit den Jugendlichen und deren Wahrnehmung der Jugendarbeit? Aus Jugendarbeitsstudien wissen wir, dass Kinder und Jugendliche sowohl offene als auch mitgliedsgebundene Angebote der Jugendarbeit als Möglichkeitsräume betrachten, um sich

mit Freund*innen zu treffen und Gemeinschaft und Zugehörigkeit zu erfahren (vgl. FAUSER u. a. 2006; CLOOS u. a. 2009; DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 394). Auch wenn die Verbände und Vereine nach wie vor die „wichtigsten Sozialräume organisationsbezogenen gesellschaftspolitischen Engagements sind“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 235; ZÜCHNER 2017), wissen wir aus Jugendverbandstudien, dass der Mitgliedschaftsanspruch sowie die Weltanschauungen der Verbände eine selektive Wirkung haben (vgl. u. a. FAUSER u. a. 2006; VOIGTS 2012) – was ein Grund für die allmähliche Aufgabe der Mitgliedschaft sein könnte, in der Hoffnung, mehr Kinder und Jugendliche zu erreichen. Lässt man einmal die Sportvereine außen vor, wird deutlich, dass besonders Kinder und Jugendliche aus Armutslagen seltener Zugänge zu Jugendverbänden finden. Gleiches galt lange Zeit für Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrungen, bis deutlich wurde, dass diese sich eher in Migrantenselbstorganisationen assoziieren. Neben diesen Selektionsmechanismen scheint eine Familiarisierung der Jugendverbände diese Tendenz noch zu unterstützen, welche auch negative Auswirkungen auf die Potenziale zu Demokratiebildung hat (vgl. RIEKMANN 2011, RICHTER/STURZENHECKER 2013). Das bedeutet: Die Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit hat aufgrund ihrer Mitgliedschaft zwar spezifische Potenziale der Demokratiebildung, scheint aber aufgrund sozialer Ungleichheit junge Menschen auszuschließen.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit leistet ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Demokratiebildung von Kindern und Jugendlichen. Denn in den Einrichtungen der OKJA können sich Kinder und Jugendliche als aktive und mitbestimmende Menschen erfahren und dort wichtige Erfahrungen im Umgang mit Diversität und in der Bearbeitung sozialer Konflikte machen. Sie eignen sich durch die

Heterogenität der Besucherstruktur Kompetenzen gewaltfreier Konfliktbearbeitung an, sowie sie in Projekten lernen können, zu eigenen Interessen aktiv zu handeln und durch die Zuweisung begrenzter Verantwortlichkeit, eben diese zu übernehmen (vgl. DELMAS/SCHERR 2005; DEINET ET AL. 2017; MOSER 2010; SCHULZ 2010; SCHWERTHELM 2015; VON SCHWANENFLÜGEL 2015; SECKINGER ET AL. 2016). Daraus entstehen auch „Chancen für soziale Integration, soziales Lernen und damit zumindest partiell auch Möglichkeiten für demokratieorientierte Bildung“ (STURZENHECKER/SCHWERTHELM 2016, S. 197).

Dabei spricht die OKJA vor allem Kinder und Jugendliche an, die sozial, politisch und ökonomisch exkludiert werden (vgl. SCHMIDT 2013). Sie scheint also vornehmlich jene jungen Menschen zu erreichen, die von den „für Mitglieder bestimmten“ Angeboten nicht erreicht werden. Die Offenheit ermöglicht jungen Menschen, die an kaum einem anderen Ort in der Gesellschaft ihre Anliegen öffentlich ohne Aberkennung artikulieren können, ihre eigenen Interessen und Konflikte in ihrem Sozialraum und ihrem Stadtteil zum Thema zu machen und dies „nicht nur in Anpassung an gesellschaftliche Zwänge, Normen und Leitbilder“ (SCHERR 1997, S. 9). Hier entfaltet OKJA ihr emanzipatorisches Potenzial in der gemeinsamen alltäglichen Auseinandersetzung über ihre Inhalte und Ziele.

Ethnografische Studien weisen aber auch auf sogenannte „soziale Arenen“ (vgl. CLOOS u.a. 2009) und „soziale Selektionsmechanismen“ (vgl. SCHMIDT 2011) in den Einrichtungen hin. Diese führen dazu, dass junge Menschen, die ein Jugendhaus besuchen und dort mitbestimmen und mitgestalten wollen, zunächst ihre Zugehörigkeit erkämpfen müssen (vgl. STURZENHECKER/SCHWERTHELM 2016). Weil die Mitgliedschaft in der OKJA formal nicht vorgegeben ist, bestimmen also soziale Faktoren die Offenheit bzw. die Nicht-Of-

fenheit einer Einrichtung. Hier wird jedoch nicht angenommen, dass andersherum die Mitgliedschaft in einem Verein automatisch zu einer Zugehörigkeit zu Gruppen führt, und dass die Möglichkeit zur Mitbestimmung und -gestaltung in beiden Fällen unter Umständen „erkämpft“ werden muss.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die fehlende Regelung der Mitgliedschaft Chancen für die Demokratiebildung in der OKJA bringt. Jugendliche, die in anderen Settings selten die Erfahrung demokratischen Handelns machen, können in der OKJA mit Partizipations- und Handlungsformen, die Jugendlichen entsprechen, eine Wirksamkeit ihrer Mitbestimmung und -gestaltung erfahren. Andererseits führt die Offenheit aber auch, und dies ist ein Risiko, zur Exklusion von jungen Menschen und Hürden zur Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Die Ausführungen machen deutlich, dass weder die OKJA noch die Verbandsarbeit „alle jungen Menschen“ gleichermaßen – im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – erreicht. Es scheint eher so, als könnten Verbandliche und Offene Kinder- und Jugendarbeit derzeit nur gemeinsam alle Jugendlichen erreichen. Damit ist nun jedoch nicht eine Überbetonung der sozialintegrativen Funktion einer OKJA, die sich nur noch um die sog. Benachteiligten kümmert, gemeint. Dann wäre sie nur wieder auf ihre „Zubringerfunktion“ reduziert. Vielmehr ginge es um eine OKJA –immer noch offen für alle Kinder und Jugendlichen –, die sich der Potenziale ihrer Offenheit bewusst ist, aber auch deren Gefahren kennt und deshalb die bisher oft diffuse Zugehörigkeit von Jugendlichen zu den Einrichtungen pädagogisch zu klären versucht. Das wäre nicht nur gut, um zu klären, „wer sich bewusst entscheidet, die Rechte demokratischer Mitentscheidung, aber auch die Pflichten der Mitverantwortung wahrzunehmen, sondern auch, um die Risiken der sozialen „Selektionsme-

chanismen' (vgl. Schmidt 2010) bei der Erlangung von Zugehörigkeit in einem Jugendhaus zu mindern und offenere wie gerechtere Zugangsmöglichkeiten zur demokratischen Community einer solchen Einrichtung zu eröffnen" (vgl. STURZENHECKER/SCHWERTHELM 2016, S. 200).

Genauso ginge es um eine Verbandliche Jugendarbeit, die sich der Stärken und Schwächen ihrer Mitgliedschaft und ihrer Weltanschauungen (u. a. für Demokratiebildung) bewusst ist. Die Aufhebung einer grundsätzlichen Trennung von Offener und Verbandlicher Jugendarbeit sollte vor diesem Hintergrund nicht zur Verwischung der immanenten Unterschiede bzgl. Mitgliedschaft und Demokratiebildung gerade aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen führen.

Für eine eigene fachpolitische Vertretung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Die Aussage des Kinder- und Jugendberichts, eine Trennung von Verbandlicher und Offener Kinder- und Jugendarbeit sei grundsätzlich aufzugeben, führte in Diskussionen zu der These, dass die OKJA deshalb auch keiner eigenständigen politischen Vertretung bedürfe. Dieser Schluss scheint uns jedoch verkürzt und ist bedenklich. Zum einen wird verkannt, dass bereits seit Jahrzehnten fachpolitische Vertretungen im Bereich der OKJA, hierunter auch die BAG OKJE, für das Arbeitsfeld tätig sind. Zum anderen ist es so, dass es aufgrund der strukturellen Förderunterschiede und der geringen Wahrnehmung im fachpolitischen Diskurs zu einem Ungleichgewicht in der Wirksamkeit der fachpolitischen Vertretung der OKJA kommt. So weist auch der Jugendbericht der OKJA eine randständige Position zu. Nicht zuletzt in der Stellungnahme der Bundesregierung zum hier diskutierten Bericht taucht zwar die Jugendverbandsarbeit und ihre Förderung auf, für die „der Bund jährlich

finanzielle Mittel in erheblichem Umfang zur Verfügung“ stellt (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 18). Die OKJA als spezifische Angebotsform sowie ihre spezifischen Potenziale bleiben in dieser Stellungnahme jedoch unerwähnt. Bei einer solchen Entwicklung ist zu befürchten, dass die Bedeutung der OKJA für die Gesellschaft nicht wahrgenommen wird. Dies macht sich auch seit zwanzig Jahren an den Einsparungen in der OKJA bemerkbar. Für die gesamte Jugendarbeit haben sich die „personellen Ressourcen seit 1998 mit minus 47 Prozent fast halbiert“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017, S. 373).

Plädoyer für eine Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit

Dieser Text soll aufgrund seiner Kürze nicht falsch verstanden werden. Deshalb möchten wir erneut betonen, dass die Kinder- und Jugendarbeit nur als Zusammenarbeit von Verbandlicher und Offener Kinder- und Jugendarbeit gedacht werden kann und muss. Es braucht diese Zusammenarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen, um Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre Anliegen in Öffentlichkeiten zu artikulieren und ihnen gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe zu eröffnen. Für eine solche Zusammenarbeit scheint ein Diskurs aller Bundesverbände nötig, der seit dem Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit im September 2016 durch die Veranstaltung des Kooperationsverbundes Offene Kinder- und Jugendarbeit an Dynamik gewonnen hat. Es geht dabei um eine Verständigung der unterschiedlichen Organisationsformen über ihre jeweiligen und gemeinsamen Stärken und Schwächen aus der Perspektive von Jugendlichen und einen gemeinsamen Einsatz für ein Aufwachsen in einer demokratischen Gesellschaft. Oder, wie HELMUT RICHTER (2011, S. 234) im Anschluss an das obige

Zitat schreibt: „Empirisch wird dieser Prozess aber erst gelingen, wenn die Jugendarbeit als Ganze die Demokratiebildung zu ihrer genuinen Aufgabe macht, die alte Abwertung der offenen Jugendarbeit als Zubringerdienst für die Verensarbeit aufhebt und beide im Wissen um ihr

dialektisches Verhältnis versöhnt.“ Dies wirft sicher einige Fragen auf, die in Zukunft noch zu diskutieren sind. Hierfür gibt der 15. Kinder- und Jugendbericht aber wertvolle Hinweise, die zur Weiterarbeit und gemeinsamen Diskussion auffordern.

Literatur

CLOOS, P./ KÖNGETER, S./ MÜLLER, B./ THOLE, W. (2009): **Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit**. 2., durchgesehene Auflage. Wiesbaden.

DEINET, U./ICKING, M./NÜSKEN, D./SCHMIDT, H. (2017): **Potenziale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. Innen- und Außensichten. Weinheim/Basel.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): **Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland**. 15. Kinder- und Jugendbericht. – Drucksache 18/11050, 18. Wahlperiode. Berlin, 01.02.2017.

FAUSER, K./FISCHER, A./MÜNCHMEIER, R. (2006): **Jugendliche als Akteure im Verband**. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Opladen.

GIESECKE, H. (1983): **Die Jugendarbeit**. 6. Aufl. München.

MOSER, S. (2010): **Beteiligt sein**. Partizipation aus Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden.

RICHTER, H. (2011): **Demokratie**. In: OTTO, H.-U./THIERSCH, T. (HRSG.): **Handbuch Soziale Arbeit**. 4. Auflage. München. S. 228–236.

RICHTER, H./ STURZENHECKER, B. (2013): **Demokratiebildung am Ende?** Jugendverbände zwischen Familiarisierung und Verbetrieblung. In: deutsche jugend, Heft 2, S. 61–67.

RIEKMANN, W. (2011): **Demokratie und Verein**. Potenziale demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Wiesbaden.

DELMAS, N./SCHERR, A. (2005): **Bildungspotenziale der Jugendarbeit**. Ergebnisse einer explorativen empirischen Studie. In: deutsche jugend, Heft 3, S. 105–109.

SCHERR, A. (1997): **Subjektorientierte Jugendarbeit**. München.

SCHMIDT, H. (HRSG.) (2011): **Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. Wiesbaden.

SCHULZ, M. (2010): **Performances: Jugendliche Bildungsbewegungen im pädagogischen Kontext**. Eine ethnografische Studie. Wiesbaden.

SCHWANENFLÜGEL, L. VON (2015): **Partizipationsbiographien Jugendlicher**. Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit. Wiesbaden.

SCHWERTHELM, M. (2015): **Förderung gesellschaftlichen Engagements benachteiligter Jugendlicher in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Erfolge und Schwierigkeiten**. Zur Evaluation des gleichnamigen Projekts der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2015. URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/M_Schwerthelm_ErfolgeGEBE.pdf [Zugriff: 08.09.2017].

SECKINGER, M./ PLUTO, L./PEUCKER, CH./VAN SANTEN, E. (2016): **Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit**. Eine empirische Bestandsaufnahme. Unter Mitarbeit von Tina Gadow. Weinheim/Basel.

STURZENHECKER, B./SCHWERTHELM, M. (2016): **Demokratie ist machbar – gerade in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. In: KNAUER, R./STURZENHECKER, B. (HRSG.): **Demokratische Partizipation von Kindern**. Basel/Weinheim, S. 187–203.

VOIGTS, G. (2017A): **Beteiligung – eine Machtfrage**. In: DJI IMPULSE. Heft 1/2017. S. 28–30.

VOIGTS, G. (2017B): „**Wohin geht's mit der Kinder- und Jugendarbeit?**“ Zusammenfassung empirischer Trends, Spannungsfelder, Entgrenzungen und Perspektiven von Kinder- und Jugendarbeit im 15. Kinder- und Jugendbericht. In: DEUTSCHE JUGEND: Heft 7-2017. S. 303–315.

ZÜCHNER, IVO (2017): **Mitgestalten, mitbestimmen, mitverantworten**. Vereine, Verbände und die Jugendarbeit spielen im Alltag vieler Jugendlicher eine bedeutende Rolle. In: DJI Impulse. Heft 1/2017. S. 23-25.

Impulse für die Weiterentwicklung der Fachkräftesituation in der Kinder- und Jugendhilfe

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des in der Dokumentation „Vor Ort – Jugendpolitik in Sachsen“ veröffentlichten gleichnamigen Beitrags. Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. (Hrsg.).

Die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) hat derzeit große Herausforderungen, auch mit Blick auf die Fachkräftesituation in Sachsen, zu meistern. Welche das genau sind, was das für die Beschäftigten bedeutet und welche Handlungsansätze zur Lösung beitragen, soll in diesem Fachartikel betrachtet werden. Doch zunächst sollen exemplarisch anhand eines Beispiels einige Herausforderungen verdeutlicht werden. Um was geht es eigentlich (auch)?

Ein Beispiel: Andreas B. aus R. ist sozialpädagogische Fachkraft im örtlichen Jugendzentrum. Den Hochschulabschluss erlangte er als Quereinsteiger Ende der 1990er Jahre durch ein berufsbegleitendes Studium der Sozialen Arbeit. Kürzlich feierte er seinen 50. Geburtstag und sein 25-jähriges Dienstjubiläum bei dem Träger des Jugendzentrums. Dieser Träger – ein gemeinnütziger Verein, der seit 1992 besteht – beschäftigt derzeit drei Fachkräfte: Andreas und seine Kolleginnen Theresa* und Nadja*, die beide in Teilzeit in der Schulsozialarbeit tätig sind und Andreas gelegentlich im Jugendzentrum unterstützen bzw. vertreten. Geleitet wird der Verein von einem ehrenamtlichen Vorstand von drei Personen, der sich monatlich trifft.

Andreas ist schon seit ein paar Jahren nicht mehr zufrieden mit seiner Arbeit. Zum einen belastet ihn zunehmend die Arbeit an

Nachmittagen, Abenden und Wochenenden, zumal er seit acht Monaten eine derzeit vakante Stelle im Jugendzentrum mit vertreten muss. Für diese konnte bisher keine geeignete Fachkraft gefunden werden. Die Mehrbelastung über Monate ist anstrengend und wird finanziell und zeitlich von Seiten des Vereins nicht vergütet. Auch fehlen ihm fachlicher Austausch, Reflexion und Teamarbeit. Zum anderen erlebt er sich bei den Themen der Jugendlichen zunehmend distanziert und er hat Sorge, dass er seinen guten Draht zu den Jugendlichen über kurz oder lang einbüßt. Wie soll er da der fachlichen Maxime, an den Lebenswelten der jungen Menschen anzuknüpfen, bis zum Ruhestand mit 67 Jahren gerecht werden? Auch stört ihn die immer weiter zunehmende Bürokratie, die gefühlt fast die Hälfte seiner Arbeitszeit beansprucht und die Öffnung der Einrichtung und den Kontakt zu den Zielgruppen mindert.

Dennoch zögert er, sich eine andere Arbeit zu suchen. Was wird dann aus dem Jugendzentrum, wenn er geht und die zweite Stelle auch unbesetzt bleibt? Er hat schließlich die Einrichtung vor 25 Jahren mit zum Leben erweckt, damit die Jugendlichen sinnvolle Freizeitangebote und eine Anlaufstelle bei Problemen haben. Weiterhin müsste er bei einem Stellenwechsel mit deutlichen Gehaltseinbußen rechnen, denn seine Stelle ist an den TVöD angelehnt, was im Trägervergleich in der Region längst nicht mehr selbstverständlich ist, und er ist schon in der höchsten Vergütungsstufe in seiner Entgeltgruppe angelangt. Soll er das aufgeben

und bei einem anderen Träger und in einem anderen Arbeitsfeld wieder von vorn anfangen? Andreas fragt sich, was das wohl für Auswirkungen auf seine fünfköpfige Familie, die Kredittilgung des Hauses und seine Altersabsicherung hätte. Gut, er könnte die neunzig Kilometer nach Bayern pendeln. Er weiß, dass er dort im Schnitt 700 Euro brutto mehr verdient, jedoch würde das Fahrgeld diesen Vorteil zunichtemachen.

Als Andreas bei einem Gespräch mit dem Vorstand den Wunsch auf Veränderung seiner beruflichen Situation anzeigt, wird ihm zwar großes Verständnis bekundet, jedoch gleichzeitig formuliert, dass aufgrund zeitlicher und personeller Engpässe keine Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsfelder im Träger gesehen wird. Auch gäbe es keine Ressourcen dafür, zumal die Projektfinanzierung für die bestehenden Leistungsangebote jährlich ohnehin risikobehaftet für den

Vorstand ist. Der ehrenamtliche Vorstand sei schon jetzt mit den Geschäftsaufgaben völlig überlastet. Zudem stünden einige der Vorstandsmitglieder kurz vor der Rente und fragen sich, wie es gelingen kann, die Organisation zukunftssicher aufzustellen, junge Vorstandsmitglieder zu werben und sich etwas zurücknehmen zu können. Auch aus Sicht der Vorstände gibt es bezüglich der Sicherung der Arbeitsstruktur und Rahmenbedingungen Handlungsbedarf. Nach diesem Gespräch ist Andreas genauso ratlos wie zuvor.

Was würden Sie an seiner Stelle tun?

Wie entwickelt sich die Sozialwirtschaft in Bund und Land?

Rund elf Prozent aller in Deutschland erwerbstätigen Personen arbeiten in der Sozialwirtschaft. Das sind ca. 4,4 Millionen

INFORMATIONEN zur AGJF Sachsen e.V.



Die **AGJF Sachsen e. V.** ist Dach- und Fachorganisation für Jugendarbeit und Jugendhilfe in Sachsen. Mit den Geschäftsfeldern Fortbildung – Beratung – Service bieten wir für unsere Mitgliedsorganisationen und interessierte Partner Qualifizierungs-, Unterstützungs- und Entwicklungsleistungen an und führen modellhafte Projekte durch.

Projekt „be/pe/so – Berufswege und Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft“

be/pe/so erforscht, entwickelt und erprobt maßgeschneiderte Instrumente der Personal- und Organisationsentwicklung auf allen Organisationsebenen. Der Verbundprojektkoordinator **AGJF Sachsen e.V.** sowie die Verbundpartner **Technische Universität Chemnitz, Hochschule Mittweida, AWO Kreisverband Auerbach/Vogtland e. V.** und **FAB e. V. Crimmitschau** nutzen ihre unterschiedliche Expertise, um einerseits passgenaue Instrumente zur Kompetenzentwicklung, Laufbahngestaltung und Prävention sowie andererseits zur Vernetzung zu regionalen Kooperationsverbänden spezifisch für die Sozialwirtschaft zu übersetzen, anzupassen, zu erproben und bundesweit nutzbar zu machen.

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt **be/pe/so** wird mit Mitteln des **Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)** im Programm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ gefördert und vom **Projektträger Karlsruhe (PTKA)** betreut.



Menschen (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014). Damit bilden die Sozialwirtschaft und ebenso die Jugendhilfe, die in den Bereichen Kindertagesstätten und Hilfe zur Erziehung (HzE) in den letzten Jahren einen bundesweiten Aufschwung verzeichnete, einen wichtigen Beschäftigungsbereich. Wie nicht anders zu erwarten, spüren auch die Träger und Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) die demografischen Auswirkungen deutlich. Mehr als die Hälfte der Leistungsangebote im SGB VIII wird bundesweit von freien Trägern der Jugendhilfe geleistet.

Vereinfacht: Die Beschäftigten werden weniger und älter, und gleichzeitig immer stärker beansprucht.

Weniger Fachkräfte stehen für offene Stellen bereit

Schon 2013 zeigte sich in einer sachsenweiten Studie der AGJF Sachsen in Kooperation mit der TU Chemnitz eine ungenügende Bewerbersituation (KNOLL & BURKHARD, 2013), d. h. den offenen Stellen stehen nicht genügend passende Bewerber_innen gegenüber. Eine Studie auf Bundesebene zeigt ebenso: Bei den akademischen Sozialberufen sind die Engpässe seit 2015 sogar größer als bei den Ingenieuren, die lange Zeit an der Spitze der nachgefragtesten Akademiker_innen standen (IWD, 2016: S. 1, vgl. Abb. 1), *siehe Grafik rechte Seite*.

Im Bereich der KJH betrifft der Fachkräftemangel mit Stand 2012 bundesweit 89 Prozent der Organisationen (KÖNIG ET AL., 2012). Über 80 Prozent von ihnen haben offene Stellen, die länger als drei Monate nicht besetzt werden konnten (ebd.). Zudem scheiden 55 Prozent der Beschäftigten in den Arbeitsfeldern der KJH (ohne Kindertageseinrichtungen) seit 2010 bis 2025 aus dem Berufsleben altersbedingt aus (SCHILLING, 2011). Der Bedarf von 63.000 benötigten Fachkräften mit Hochschulab-

schluss kann zwischen 2010 und 2025 allerdings nur mit 25.000 verfügbaren Personen abgedeckt werden (WÖHRLE, 2015). Zudem weisen die Arbeitsfelder der Jugendhilfe unterschiedliche Attraktivität für Absolvent_innen auf. Dabei gelten bspw. die Jugendarbeit mit ihren prekären Rahmenbedingungen sowie unsichere, befristete Projektfinanzierungen oft als besonders unattraktiv.

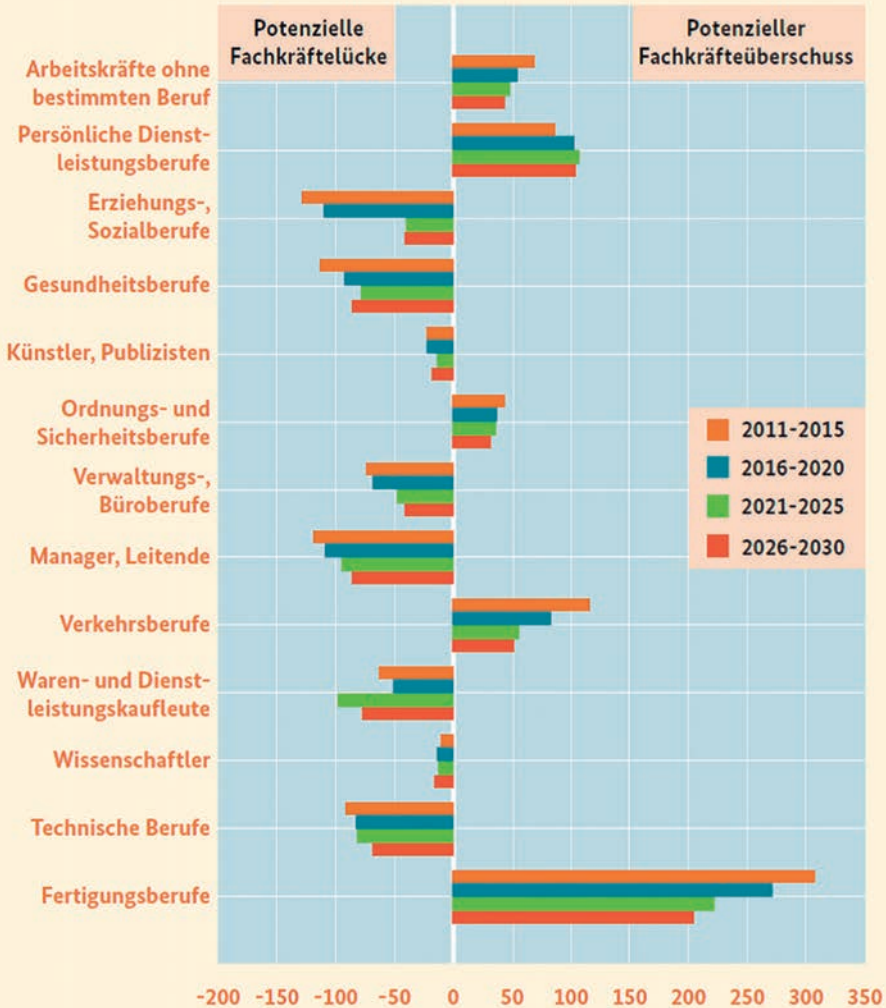
Die Erkenntnisse im Forschungsprojekt be/pe/so belegen zudem folgende Thesen (weiterführende Informationen unter <http://bepeso.de/veroeffentlichungen.html>):

- Das Durchschnittsalter der Fachkräfte steigt kontinuierlich.
- Oft sind die Beschäftigungsverhältnisse unsicher.
- Unterschiedliche Arbeitsentgelte für gleiche Tätigkeiten fördern ein „Auspendeln“.
- Marktwirtschaftliche Orientierung sozialer Dienste nimmt (zwangsläufig) zu.
- Träger sind oft zu klein für mittel-/langfristige Personalentwicklung.

In der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe überwiegt die Zahl kleinster und kleiner Träger, die sich Anfang der 1990er Jahre gegründet und Leistungsangebote in Vielfalt entwickelt haben. Von den 1.585 KJH-Einrichtungen, die in Sachsen 2014 Sozialpädagog_innen einstellen konnten, wird fast jede zweite nur von ein bis zwei pädagogischen Fachkräften besetzt (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2016). Lediglich ein Viertel der Einrichtungen hat mehr als fünf Mitarbeitende. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Träger der Sozialwirtschaft oft keine planvolle oder sinnhafte Strategie zur Entwicklung des eigenen Personals vorhalten (können). In einer Studie der Hochschule Mittweida (WÖHRLE 2015, S. 28) gaben fast dreiviertel der befragten

Abbildung 5: Fachkräftelücke bei konstanter beruflicher Angebotsstruktur

Jährlicher Saldo zwischen potenziellen und tatsächlichen Erwerbstätigen nach Beruf in 1000



Träger (72,58%) an, über kein Personalentwicklungskonzept zu verfügen.

Zudem sind die Leistungsangebote abhängig von der Finanzierung durch die

öffentliche Hand. Während in einigen Arbeitsbereichen Fachleistungsstunden/Tagesätze (HzE) oder Pro-Kopf-Finanzierungen (Kindertagesstätten) gelten, finden sich

in anderen Arbeitsfeldern in beachtlichem Maße Projektförderungen in zumeist jährlich befristeter Form. Dennoch werden darüber Leistungsangebote wie der Betrieb Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen finanziert, die aufgrund einer längerfristigen, oft sozialräumlich bedarfsgerecht und jugendhilfeplanerisch festgeschriebenen Perspektive per se nicht als zeitlich befristetes Projekt und jährlich abwickelbares Vorhaben geführt werden können. Ebenso ist auf überörtlicher Ebene eine Projektförderung der grundständigen Leistungen von Dach- und Fachorganisationen üblich geworden, nachdem die institutionelle Förderung abgeschafft wurde. Beides ist angesichts des Fachkräftemangels, der notwendigen Planungssicherheit etablierter Träger und eben auch einer mittel-/langfristigen Personalentwicklung arbeitsrechtlich und aus Trägersicht problematisch und bedarf der Veränderung und Steuerung durch den öffentlichen Träger in seinem jeweiligen Verantwortungsbereich.

Wie geht es den Beschäftigten in der sächsischen Sozialwirtschaft?

Zudem konnte das Forschungsprojekt be/pe/so die Situation der Fachkräfte in Sachsen näher in den Blick nehmen.

Beschäftigte sind aufgrund von Arbeitsverdichtungsprozessen immer stärker belastet. Forschungsergebnisse des Verbundprojektes „be/pe/so – Berufswege und Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft“ (www.bepeso.de) zeigen u. a. folgende Belastungsfaktoren (UHLIG & KÖRNER, 2018): Insgesamt 77,2 % der durch einen Fragebogen in 2015 Befragten gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten krank am Arbeitsplatz erschienen zu sein (Präsentismus). Im Durchschnitt war dies an 15 Tagen innerhalb der letzten zwölf Monate der Fall. Ca. 27 % der

befragten Beschäftigten erreichten bei der Betrachtung aller Burnout-Symptome in der Summe einen kritischen Gesamtwert. 20,7 % der Befragten gaben häufigen Pausenausfall an. Gründe waren, dass Pausen meist nicht in den Arbeitsablauf passen würden (38,9 %) bzw. zu viel Arbeit vorhanden sei (22,4 %). Viele Befragte benannten eine fehlende Anerkennung und Würdigung der eigenen Arbeit von der Gesellschaft und seitens der Auftraggeber (öffentliche Verwaltung und Politik). Es besteht eine Diskrepanz zur Selbstwahrnehmung. Die Beschäftigten selbst betrachten ihre Arbeit als wertvollen Beitrag für die Gesellschaft.

Eine vorangegangene Studie bei Beschäftigten in der sächsischen Sozialwirtschaft (KNOLL & BURKHARD 2013) bestätigte diese Tendenzen (fehlende Anerkennung und Wertschätzung) und zeigte zudem eine geringe Zufriedenheit bei wichtigen instrumentellen Faktoren wie Entlohnung. Zudem beschrieben die Beschäftigten ihre Zukunftsperspektiven überwiegend negativ. Arbeitsintensität, Rollenkonflikte und der sog. Work-life-spillover (negative Arbeitserfahrungen überschatteten die Freizeit) wurden von den Beschäftigten als problematisch wahrgenommen.

Wenn bundesweit nach Gründen für eine Berufsunfähigkeit gefragt wird, werden psychische Erkrankungen als Hauptursache aufgeführt (z. B. MORGEN & MORGEN, 2014). Störungsspezifisch betrachtet, lagen die Fehlzeiten aufgrund von Depressionen 2013 um 69 % höher als noch im Jahr 2000 (TKK, 2015). Die im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigten Personen sind von dieser Entwicklung in besonders hohem Maße betroffen. So weisen Beschäftigte im Sozialwesen von allen Wirtschaftsgruppen den höchsten Anteil an Fehltagen aufgrund psychischer Erkrankungen auf (VGL. KNIEPS & PFAFF, 2014).

Gleichzeitig stellen die Beschäftigten diesen Belastungen ihre Ressourcen entgegen

Beschäftigte in der Sozialwirtschaft zeigen in hohem Maße intrinsische Arbeits-Motive (Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit, berufliche Selbstwirksamkeit etc.) und gegenseitige Unterstützung im Team als Ressourcen an. Der beste Prädiktor für die Arbeitszufriedenheit war die wahrgenommene Führungsqualität des Vorgesetzten (UHLIG & KÖRNER, 2018). Im 4. Sächsischen Kinder- und Jugendbericht heißt es dazu: „Die Staatsregierung sieht in der hohen Motivation und in der Identifikation der Fachkräfte mit ihrer Tätigkeit anerkennenswerte Ressourcen, die tatsächlich mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sollten.“ (SMS, 4. KJB, 2014, S.29)

Welche Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen werden diskutiert?

Man könnte annehmen, dass die oben beschriebene Verknappung an Arbeitskräften dazu führt, dass die Beschäftigten selbst deutlich mehr Durchsetzungskraft für ihre Bedürfnisse und Interessen haben. Jedoch ist dies gerade nicht der Fall. Zum einen sind die Beschäftigten kaum gewerkschaftlich oder berufsverbandlich organisiert. Zum anderen signalisieren die Träger, kaum über finanzielle Spielräume zu verfügen, um positivere Arbeitsbedingungen und finanzielle Anpassungen an bundesweite Standards für die Mitarbeitenden zu implementieren.

Beschäftigten-Ebene: Strategische Personalentwicklung und betriebliches Gesundheitsmanagement

Dass die Soziale Arbeit eine weiterbildungsintensive Profession ist, wird u. a. an den vielen fachübergreifenden Anforderungen an die Beschäftigten deutlich (z. B. Kenntnisse

in Psychologie, Recht, Soziologie, Pädagogik, sowie umfangreiche Beratungskompetenzen). Jedoch findet man in der Praxis selten eine systematische Planung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungsaktivitäten. Bisher sind für die Sozialwirtschaft keine zugeschnittenen theoretischen Modelle für die Kompetenzentwicklung zu finden (KÖRNER UND UHLIG, 2016). BASSARAK, 2012, S. 46, merkt dazu an: „*Wo der soziale Wandel sich beschleunigt, die Anforderungen sich ändern und die finanziellen Spielräume immer enger werden, hängt der [...] ‚Erfolg‘ einer sozialen Organisation und ihrer Dienstleistung im Wesentlichen davon ab, wie mit der ‚Ressource Fachkraft‘ umgegangen wird und ob diese in der Lage ist, ‚richtig‘ zu handeln.*“ Dennoch ist das Gesundheits- und Sozialwesen auf dem letzten Platz im Branchenvergleich, wenn man die Weiterbildungsinvestitionen betrachtet (DGQ, 2012, S.5). Dies ist widersprüchlich zum fachlichen Anspruch und wesentlichen Aspekten des SGB VIII bezüglich Fachkräfte- und Qualitätsentwicklung (§ 72, 79a).

Neben der fachlichen Qualifikation sollte vor allem der individuellen Psychohygiene (z. B. in Weiterbildung, Supervision, Praxisreflexion, etc.) und der körperlichen Gesunderhaltung Beachtung geschenkt werden. Dadurch kann eine lange und motivierte Erwerbstätigkeit in der Organisation begünstigt werden. BRÄUNIG UND KOHSTALL, 2013, S. 34, belegen, dass jeder Euro, den ein Unternehmen in betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz als Präventionsarbeit investiert, sich in einem ökonomischen Erfolgspotenzial von 2,20 € auszahlt. Zudem zeigen sich weitere Effekte, z. B. Reduzierung von Ausfallzeiten und Betriebsstörungen, Verbesserung des Images und der Betriebskultur sowie eine gestiegene Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten (ebd.).

Kompetenzentwicklung, Praxisreflexion und gesundheitsfördernde Maßnahmen

sollten daher in die Preisgestaltung deutlich stärker einkalkuliert, angeboten und die organisationsinterne Nutzung gefördert werden. Strategische Personalentwicklung ist eben nicht nur Kostenfaktor, sondern vielmehr „(Business-)Partner der anderen Organisationseinheiten“ (MEIFERT 2008, S. XVI) und elementares Kernstück zur Erreichung der Organisationsziele.

Weitere Lösungsansätze

Im Projekt wurden auf den folgenden Ebenen weitere Lösungsansätze identifiziert (siehe <http://bepeso.de/veroeffentlichungen.html>): Als Ansätze auf der **Organisationsebene** werden die Bindung und Gewinnung von Mitarbeiter_innen forciert. Hierbei stellen die Führungsqualität und die gelebte Organisationskultur besonders wichtige Einflussgrößen dar.

Organisationsübergreifende Kooperationen verschiedener Art sind ebenfalls mögliche Strategien im Umgang mit den wachsenden Herausforderungen.

Um Veränderungen zu initiieren, braucht es die Bereitschaft von Organisationen, aber

auch die Verantwortungsübernahme und **Unterstützung des Staates** nicht zuletzt durch verbesserte Rahmenbedingungen. So sind die im aktuellen Koalitionsvertrag formulierten Prämissen Schritte in die richtige Richtung. Hier heißt es: „Wir setzen uns für verlässliche Rahmenbedingungen ein, welche insbesondere den regionalen Anforderungen gerecht werden“ (CDU/SPD 2014, S.28), und: „Wir wollen, dass hochqualifizierte Fachkräfte im Sozialbereich nicht aus Sachsen abwandern, sondern [...] dauerhaft in Sachsen bleiben. Ziel ist es, den Anteil der jährlichen Projektförderung zu senken und mehrjährige Förderungen als Regelförderung zu etablieren. [...] Wir werden darauf hinwirken, dass eine Förderung ohne zeitlich bedingte Finanzierungslücken aufgrund von Jahresübergängen sichergestellt wird und sich die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit weiter verbessern.“ (ebd., S.50)

Kinder und Jugendliche sind in Zeiten des demografischen Wandels ein knappes „Gut“, für deren Entwicklung es sich lohnt, förderliche Strukturen vorzuhalten und gut ausgebildetes und arbeitsfähiges Personal einzusetzen.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor/-innen.

AUTOR_INNEN

Anke Miebach-Stiens (AGJF Sachsen e.V., Geschäftsführerin), Dipl. Sozialpädagogin, Master of Socialmanagement

Carsten Kuniß (AGJF Sachsen e.V., Projektkoordinator von be/pe/so), Dipl. Sozialpädagoge (FH), Systemischer Dozent (DGsP), Supervisor (DGSF, SG), Coach (NIK, ISA, HSZG), Systemischer Berater (DGfB)

KONTAKT

AGJF Sachsen e.V. – Projekt be/pe/so

Neefestraße 82 · 09119 Chemnitz

Telefon: (0371) 533 64 19 · E-Mail: info@bepeso.de · Url: www.agjf-sachsen.de, www.bepeso.de

Projektlaufzeit: 01.05.2015 – 30.04.2018 · Förderkennzeichen: 01FK14052

Literatur

- BRÄUNIG, D., & KOHSTALL, T. (2013). **Berechnung des internationalen „Return on Prevention“ für Unternehmen:** Kosten und Nutzen von Investitionen in den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz: Abschlussbericht Berlin, Hannover: DGVU; Techn. Informationsbibl. und Univ.-Bibl.
- CDU/SPD LANDESVERBAND SACHSEN 2014. KOALITIONSVERTRAG SACHSENS ZUKUNFT GESTALTEN. https://www.staatsregierung.sachsen.de/downloads/AKTUELL_Koalitionsvertrag_CDU_SPD_2014-2019.pdf Zugegriffen: 03.08.2017
- DGQ – DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR QUALITÄT (2012). **DGQ Weiterbildungsbarometer 2012.** <https://www.dgq.de/aktuelles/news/dgq-weiterbildungsbarometer-2012-deutsche-unternehmen-vernachlaessigen-erfolgswirkung-qualitaet/> Zugegriffen: 07.08.17
- INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (IWD, 2016). **Soziologen sind die neuen Ingenieure** – iwd.de. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. <https://www.iwd.de/artikel/soziologen-sind-die-neuen-ingenieure-264833/>. Zugegriffen: 07.08.17.
- KNIEPS, F., & PFAFF, H. (2014). **Gesundheit in Regionen: Zahlen, Daten, Fakten;** BKK Gesundheitsreport 2014. Berlin: MWV Medizinisch Wissenschaftl. Verl.-Ges.
- KNOLL, M., & BURKHARDT, M. (2013). **Ergebnisse der Befragung zur Arbeitssituation von Fachkräften in der sächsischen Sozialwirtschaft.** In: AGJF SACHSEN E.V. (HRSG.): Zwischen vakanten Stellen & älterwerdenden Fachkräften – Eine Untersuchung der Arbeitssituation in der sächsischen Sozialwirtschaft., (S. 3–13).
- KÖNIG, M./ SCHANK, C./ CLAUSEN, H./ SCHMIDT, M. (2012). **Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft.** Eine empirische Studie 2012. Hamburg: aquinet.
- Meifert, M.T. (Hrsg.) (2008). **Strategische Personalentwicklung: Ein Programm in acht Etappen.** Berlin u.a.: Springer.
- MORGEN & MORGEN. (2014). VERTEILUNG DER URSACHEN VON BERUFSUNFÄHIGKEIT IN DEUTSCHLAND IM JAHR 2014. Statista – Das Statistik-Portal. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/536354/umfrage/verteilung-der-ursachen-von-berufsunfaehigkeit-in-deutschland/> Zugegriffen: 03.08.17
- SCHILLING, M. (2011). **Die Zukunftsbranche Kinder und Jugendhilfe.** In: KOMDAT, 1&2/11. Dortmund: DJI.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN, 2016: **Statistik der KJH Teil III. 2:** Einrichtungen und tätige Personen in der KJH (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) am 31.12.2014 nach Art der Einrichtung/Behörde sowie nach Anzahl der tätigen Personen.
- TKK (2015). **Depressionsatlas – Auswertungen zu Arbeitsunfähigkeit und Arzneiverordnungen.** https://www.tkk.de/centaurus/servlet/contentblob/696244/Datei/139131/Depressionsatlas_2015.pdf, Zugegriffen: 07.08.17.
- UHLIG, S., & KÖRNER, A. (2018). **Kompetenzentwicklungsbedarfe in der Sozialwirtschaft:** Das Belastungs- und Beanspruchungserleben bei freien Trägern in Südwest-Sachsen. In: S. KAUFFELD, & F. FRERICHS (EDS.), *Kompetenzmanagement in kleinen und mittelständischen Unternehmen* (pp. 15–35). Berlin: Springer. doi: 10.1007/978-3-662-54830-1_2
- WÖHRLE, A. (2015). Tagungsbeitrag vom 01.10.15: **Zwischen Sociosclerose und Personalentwicklung** http://bepeso.de/files/img/partner/151001_vortrag_bepeso_kickoff_woehrle_read.pdf Zugegriffen: 07.08.17

Wozu brauchen wir professionelle Jugendarbeit?

„Mir erschließt sich nicht, warum wir den Personalkostenzuschuss für die Jugendarbeit aus unserem klammen Haushalt bezahlen sollen. Wieso geht das nicht ehrenamtlich, das kann doch eigentlich jeder!“

Diese Aussage eines brandenburgischen Kommunalpolitikers im Rahmen einer Haushaltsdebatte ist kein Einzelzitat. Der finanzielle Aufwand für die Bereitstellung der Angebote der Jugendarbeit ist vielfach die entscheidende Größe, die dafür sorgt, dass sich die politischen Gremien insbesondere auf der kommunalen Ebene mit dem Arbeitsfeld kritisch auseinandersetzen. Häufig schwingt in diesen Debatten Grundmisstrauen gegenüber der Wirksamkeit der Jugendarbeit mit. Es werden Fragen zu Ergebnissen, Zielerreichungsgraden und dem Nutzen der öffentlich finanzierten Angebote fokussiert. Fatalerweise können angesprochene Akteur*innen der Jugendarbeit selten mit treffenden Antworten überzeugen. Beide Verhaltensweisen legen den Verdacht nahe, dass es sich bei der Jugendarbeit möglicherweise doch um ein aus der Zeit gefallenes Angebot handelt. Anlass, um an dieser Stelle einen kurzen Blick auf die Potenziale jugendarbeiterischer Maßnahmen sowie ihre tatsächlichen Wirkungen zu richten.

Jugendarbeit in der „Rechtfertigungs-Endlosschleife“

Im Vergleich zu den Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe, die auf einem subjektiven Rechtsanspruch basieren, wie die Hilfen zur Erziehung und die Kindertages-

betreuung, scheint in kommunalpolitischen Kontexten das Missverständnis zu herrschen, Jugendarbeit sei in ihrer offenen und freiwilligen Arbeitsweise ein Angebot auf einem «geringeren pädagogischen» Niveau. Es wird angenommen, dass das Sicherstellen von Öffnungszeiten in Jugendfreizeiteinrichtungen, deren Kultur- und Freizeitangebote zumeist selbstorganisiert durch junge Menschen genutzt werden, keine besondere Qualifikation voraussetze. Doch insbesondere die pädagogischen Angebote, die ein partizipativ und damit eng an den Lebenswelten junger Menschen entwickeltes Leistungsspektrum der außerschulischen Bildung, der Persönlichkeitsentwicklung, der Wertevermittlung und der Aneignung von Gesellschaft vorhalten wollen, erfordern ein hohes Maß an Wissen sowie strategischer und methodischer Kompetenz, um Wirkungen zu erzeugen.

Wirkungen beschreiben heißt Veränderungen beschreiben

Im Gegensatz zu Leistungen (Outputs) sind Wirkungen Veränderungen, die mit der pädagogischen Tätigkeit erreicht werden. Diese Veränderungen können insbesondere bei der Zielgruppe (junge Menschen) und deren Lebensumfeld auf der Ebene der Fähigkeiten, des Verhaltens und der Lebenslage (Outcomes) bzw. auf der der Gesellschaft (Impacts) beschrieben werden (PHINEO gAG 2015: 5).

Angebote der Jugendarbeit stellen demnach Leistungen dar, die die Voraussetzungen dafür schaffen, sodass Veränderungen

überhaupt ermöglicht werden. Zwar kann nicht in jedem Fall davon ausgegangen werden, dass zwischen Leistung und Wirkung ein monokausaler Zusammenhang besteht; der qualitative Anspruch der Jugendarbeit muss darin bestehen, Prozesse und Abläufe so zu gestalten, dass die angestrebten Wirkungen wahrscheinlich erreicht werden.

Eine Praxis auf der Grundlage dieser Handlungslogik widerlegt das Vorurteil, dass Jugendarbeit nur zum eigenen Selbstzweck bestünde. Auf der Grundlage ihres im § 11 SGB VIII formulierten Auftrages – junge Menschen „zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen“ – ist sie in der Lage, für den jeweiligen Sozialraum konkrete Wirkungsziele zu formulieren. Professionelle Jugendarbeit definiert Indikatoren, anhand derer sie selbst beobachtet, ob die geplanten Maßnahmen Wirkungen erzielen. Sie ist in der Lage, «Nicht-Fachleuten» in Kommunalpolitik und Verwaltung die Veränderungen zu beschreiben, anhand welcher sich die Wirkung ihrer Angebote zeigt. Und sie verfügt über Analysekompetenz und Selbstbewusstsein, um gegebenenfalls nicht eingetretene Wirkungen zu reflektieren, zu begründen und die erlangten Erfahrungen bei der Planung weiterer Angebote zu berücksichtigen.

Nicht selten erschöpft sich die Praxis der Zieldefinition in Angeboten der Jugendarbeit jedoch in den folgenden Parametern:

- Das Angebot ist bei den Zielgruppen bekannt.
- Die Zielgruppen nehmen das Angebot wahr.
- Die Zielgruppen sind mit dem Angebot zufrieden.

Diese Zieldefinition ist weder Grundlage, um die eigenen Angeboten tatsächlich zu planen, zu verdeutlichen, welche Verän-

derungen mit den Angeboten beabsichtigt sind, noch um die Qualität der eigenen Leistung zu überprüfen. Wenn Jugendarbeit einen authentischen Eindruck ihrer wichtigen Leistungen und Wirkungen vermitteln möchte, muss sie wie andere soziale Dienstleistungen zielgruppen- und gesellschaftsspezifische Veränderungen in den Blick nehmen und formulieren. So kann Jugendarbeit mit gut durchdachten und an den regionalen Rahmenbedingungen angepassten Konzepten von ihrer Notwendigkeit überzeugen, indem sie erlebbare Wirkungen erzielt.

Was gute Jugendarbeit bewirkt

Das Wirkungsspektrum der professionellen Jugendarbeit ist enorm. Abhängig von den jeweiligen sozialräumlichen Bedarfen und den eigenen Zielstellungen kann sie:

- jungen Menschen demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte vermitteln und sie dazu befähigen, ein erfülltes, gemeinschaftsfähiges Leben in dieser Gesellschaft zu führen.
- junge Menschen dabei unterstützen, sich ihre gegenwärtige und künftige Lebenswelt durch Kenntnisse der regionalen Kultur, Natur, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Geschichte sowie einem verantwortlichen Umgang mit Medien, Informationen und dem Konsumangebot zu erschließen.
- junge Menschen in ihrer geistigen, sozialen und körperlichen Entwicklung fördern und ihre Resilienz gegenüber Gefährdungen stärken.
- das interkulturelle Zusammenleben auf der Grundlage der europäischen Kultur- und Wertegemeinschaft fördern und junge Menschen durch die Vermittlung von Kulturtechniken bei der Integration in das bestehende gesellschaftliche Gefüge unterstützen. Vor allem im Hinblick auf

die aktuellen Debatten um die Integration von zugewanderten und geflüchteten Menschen und die Bedrohung durch rassistisch, politisch und religiös motivierten Radikalismus leistet Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zum Erwerb interkultureller Kompetenzen, zur Fähigkeit, Konflikte friedlich zu lösen und zur Stärkung von Alltagsdemokratie.

- die inklusive Gestaltung sowie den sozialen und kulturellen Zusammenhalt unserer Gesellschaft befördern, indem sie jungen Menschen frühzeitig Erfahrungen mit Gleichaltrigen unterschiedlicher sozialer und kultureller Hintergründe ermöglicht.
- als Bestandteil der Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene als positiver Standortfaktor wirken und somit die Attraktivität von Kommunen als Wohnort für Familien erhöhen.
- als ein bedeutender Kooperationspartner den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote sowie die Gestaltung regionaler Bildungslandschaften befördern.

Allerdings fallen Wirkungen nun leider nicht vom Himmel, sondern setzen professionelles Planen, Gestalten und Evaluieren voraus. Notwendig ist der Einsatz von an den Strukturen des Arbeitsfeldes orientierten Instrumenten der Qualitätssicherung.

Wirkung braucht ein professionelles Qualitätsverständnis

Leider lösen Wortkombinationen mit dem Bestandteil „Qualität“ im Arbeitsfeld Jugendarbeit zumeist immer noch Widerstände aus. Fachdiskussionen um das Qualitätsmanagement in der Jugendarbeit werden mitunter aus Haltungsgründen, öfter jedoch vor dem Hintergrund negativer Erfahrungen abgelehnt. In der Zusammenarbeit mit Ver-

waltungen wird der Begriff der Qualitätsstandards oft missbräuchlich verstanden. Zum Einsatz kommen keine die Qualität von Jugendarbeit beschreibenden und sichernden Indikatoren, sondern zumeist eine Reihe von Festlegungen, die eine vermeintlich einfache Prüfung und Verwaltung der Angebote der Jugendarbeit im Hinblick auf planerische – vor allem quantitative – Vorgaben ermöglichen soll.

Dieser Einsatz von pauschalen Qualitätsstandards als Prüfungsraster ist unbedingt kritisch zu bewerten. Eine professionelle Qualitätsorientierung in der Jugendarbeit meint jedoch nicht die alleinige Einführung von Qualitätsstandards.

Eine professionelle Qualitätsorientierung in der Jugendarbeit setzt am wirkungsorientierten Denken als Werkzeug und Gestaltungsmittel von Jugendarbeitern*innen in ihren Arbeitszusammenhängen an. Ein auf die Strukturen der Jugendarbeit angepasstes, partizipativ mit Mitarbeiter*innen und Zielgruppe entwickeltes Qualitätsmanagementsystem eröffnet Möglichkeiten, der Weiterentwicklung und Sicherung des Trägers, seiner Fachkräfte und der Angebote. Im Vordergrund steht nicht die Etablierung einer bestimmten formalen Norm, sondern die Implementierung von Qualitätsverständnis.

Fazit

Das SGB VIII begründet Jugendarbeit als bedeutenden gesellschaftlichen Akteur, der junge Menschen zur Selbstbestimmung befähigt und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung hinführt. Eine Realisierung dieses großen Anspruchs benötigt verlässliche Rahmenbedingungen. Aber vor allem auch die fachliche Kompetenz, Verfahren dafür zu entwickeln, die eigenen Angebote im kontinuierlichen Qualitätsdialog mit jungen

Menschen, Verwaltung und Politik zu planen, zu reflektieren und kontinuierlich dynamisch anzupassen. Dies vor dem großen Ziel, tatsächlich Wirkungen zu erzielen und den öffentlichen Raum von Qualität und Wirkung der Jugendarbeit zu überzeugen. Dazu braucht es Wissen um Konzepte des Qualitätsmanagement, die Bereitschaft, sich konstruktiv mit diesen auseinanderzusetzen und die Kompetenz, vorhandene Konzepte so auf die eigenen Arbeits- und

Organisationsstrukturen anzupassen, dass es gelingt, Abläufe und Prozesse wirkungs- und qualitätsorientiert zu konzipieren und darzustellen.

AUTOR_INNEN

Annett Bauer

(Referentin für Kinder- und Jugendhilfe,
Der Paritätische LV Brandenburg e. V.)

Sebastian Müller

(Geschäftsführer des FJB)

Literatur

PHINEO gAG (2015): Kursbuch Wirkung, Berlin, 3. Auflage

INFO UND KONTAKT

Der **Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e. V. (FJB)** wurde 2015 gegründet, um sich u. a. für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und Weiterentwicklung der fachlichen Tätigkeiten einzusetzen. Mit aktuell 25 Mitgliedsorganisationen vertritt der **FJB** über hundert Angebote, in denen über 130 Fachkräfte der Jugend- und Jugendsozialarbeit in Brandenburg beschäftigt sind.



Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e. V.

Charlottenstraße 123, 14467 Potsdam

Telefon 0331 81329445

Mail info@fjb-online.de · Web www.fjb-online.de

Wer kommt und wer kommt nicht?

Sechs Untersuchungen zur Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit

Neu ist die Klage ja nicht, dass die Kinder- und Jugendarbeit zu wenig sichtbar ist. Sie bringt ihre Leistungen nicht ordentlich zur Geltung, beschreibt zu wenig ihre Wirkungen im Verhältnis zu den eingesetzten Ressourcen¹. Selbst die – leider nur vordergründig – einfache Frage, wie viele und vor allem welche Kinder und Jugendlichen sie überhaupt erreicht, kann sie nur eingeschränkt beantworten. Manchmal sind die aus der Ferne betrachtet einfachsten Fragen aber tatsächlich die schwierigsten. Die Zählweisen sind so unterschiedlich wie die vielfältigen Einrichtungen und Träger, unklar ist, wer überhaupt als „Besucher*in“ gilt, wer als „erreicht“ gilt. Welche Daten über Kinder und Jugendliche, die in die Einrichtungen kommen, sind sinnvollerweise überhaupt erfassbar? Reicht ein einmaliger Blick, eine Momentaufnahme oder braucht es eine kontinuierliche, empirische Beobachtung? Immer noch gibt es Einrichtungen, die noch nicht mal ungefähr benennen können, wie viele Kinder und Jugendliche im Schnitt kommen.

Drei Gründe für Reichweite-Untersuchungen

Letztlich soll die ganze Fragerei zwei Probleme der Kinder- und Jugendarbeit wie auch der Jugendsozialarbeit lösen: Zum einen benötigt sie öffentliche Ressourcen. Sie muss also die (i. d. R. kommunale) Politik davon überzeugen, dass sie wichtig ist, dass sie einen Nutzen bringt. Tut sie das über längere

Zeit nicht, zweifelt auch das wohlwollendste politische Gremium irgendwann: Was genau tun die da im Jugendhaus? Zahlen sind nun mal ein gewichtiges Argument in der politischen Diskussion. Das kann man bescheuert finden, hilft aber nicht weiter.

Zum anderen benötigt sie solche Daten auch für die konzeptionelle Entwicklung ihrer Angebote. Nur wenn sie ein einigermaßen scharfes Bild davon hat, wer denn die Kinder und Jugendlichen sind, die da täglich in die Einrichtung kommen, sind passgenaue Angebote möglich, in denen die „Kundschaft“ für sich einen Nutzen sieht. Sonst kommt sie nicht mehr. Dann ist auch die politische Diskussion schnell vorbei.

Und doch gibt es ein durchaus berechtigtes Misstrauen in die empirische Sozialforschung, vor allem im Hinblick auf die Genese der Zahlen und die Interpretation. Sehr anschaulich beschreibt Stanislaw Andreski die Fragen, die sich stellen, in einem Vergleich mit der naturwissenschaftlicher Forschung: „... man denke sich die Schwierigkeit, die Richtigkeit chemischer Formeln zu prüfen, wenn der Chemiker, indem er sie lange und suggestiv genug wiederholt, die Substanzen dazu bringt, sich in Übereinstimmung mit diesen Formeln zu verhalten – auf die Gefahr hin ..., dass sie beschließen könnten, ihm durch das genaue Gegenteil ihre Verachtung zu erweisen ... Noch hoffnungsloser wäre seine Aufgabe, wenn die Chemikalien seine Taktik durchschauen, sich zur Wahrung ihrer Geheimnisse organisieren und

Gegenmaßnahmen gegen sein Manöver treffen könnten“². Dazu passt die Geschichte eines Jugendzentrums, das – in einem historischen Gebäude untergebracht – jeden Touristen und jede Touristin, der oder die sich dorthin verirrt, sofort als Besucher*in auf der Liste vermerkt und damit immer genügend Besucher*innen nachweisen kann. Es gibt auch Fälle, in denen sich die Jugendlichen organisieren, um beispielsweise am Tag der Zählung am besten mit Verstärkung anwesend zu sein. Im Ergebnis wird dann nicht eine exakte Zahl erreichter Jugendlicher herauskommen, sondern Hinweise auf die Wertschätzung und Bedeutung der dort arbeitenden Fachkräfte. Damit wird klar, wie wichtig eine methodisch exakte und reflektierte Durchführung, sowie eine kommunikative Validierung in der Fachdebatte ist.

Unbestritten jedoch: Alleine die Zahlen werden eine Kinder- und Jugendarbeit, ein Angebot der Jugendsozialarbeit vor Ort nicht retten können. Ohne plausible, ja berührende und emotionale Darstellungen und „Erzählungen“ wird sich Kinder- und Jugendarbeit nicht vermitteln lassen. Da bleiben dann fünfzig oder hundert gezählte Jugendliche am Ende wirkungslos, weil nicht anschaulich wird, was mit ihnen passiert.

Damit lässt sich der Nutzen einer Reichweitenuntersuchung kurz in drei Punkten zusammenfassen:

- Selbstvergewisserung
- Grundlage für Konzeption
- Sichtbarkeit und Kommunikation³

Ein Förderprogramm für Untersuchungen

In Baden-Württemberg gab es in der vergangenen Legislatur eine Art partizipativ durchgeführtes Regierungsprogramm unter dem Titel „Zukunftsplan Jugend“. In diesem Zukunftsplan war über zahlreiche Leit-

linien zu aktuellen Themen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit auch das Thema Sichtbarkeit der Arbeitsfelder verankert⁴. Als Ziel war formuliert, den Wissensstand zu verbessern, die Forschung zu fördern und damit Leistungen und Wirkungen empirisch belegbar(er) zu machen. Daraus entwickelte sich die Idee eines Förderprogramms für die so genannten Reichweitenuntersuchungen. Dieses Programm wurde von vornherein langfristig gedacht, um durch eine Vielzahl von regionalen Untersuchungen letztlich zu einem Gesamtbild der Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit zu kommen.

Gefördert wurden Untersuchungen zu Reichweite bzw. Nutzungsgrad der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit mit vorwiegend empirisch-quantitativem Design. Ergänzend waren auch qualitative Elemente erwünscht, aber nicht Bedingung. Dabei ging es nicht allein um Besucher*innenzahlen, sondern auch um sozialstrukturelle Daten der Nutzer*innen und auch – wenn möglich – der Nichtnutzer*innen. Erfasst werden sollte ein Grunddatenkorpus bestehend aus:

- Art des Angebotes
- Zahl der Teilnehmer*innen/Besucher*innen pro Angebot
- Alter, Geschlecht
- Mitarbeitende am Angebot (Alter, Geschlecht, Haupt- und Ehrenamt)

Als wünschenswert wurden Daten zu Schulart, Migrationshintergrund und Wohnort definiert. Wichtig: Der Bezug zur neuen amtlichen Bundesstatistik sollte herstellbar sein.

In einer Reihe von weiteren formalen und inhaltlichen Kriterien sind vor allem zwei erwähnenswert: Zum einen waren die Forschenden gehalten, für das jeweilige Vorhaben die Begriffe „Teilnehmer*in“ bzw.

„(Stamm-)Besucher*in“ zu reflektieren und mindestens zu einer Arbeitshypothese zu kommen. Zum anderen musste sich der jeweilige Träger einer Einrichtung mit einer Hochschule oder einem außeruniversitären Forschungsinstitut zusammenschließen, damit die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis gestärkt und die Vorhaben wissenschaftlich valide umgesetzt werden konnten. Weitere Aspekte waren die öffentliche Zugänglichkeit der Ergebnisse (beileibe keine Selbstverständlichkeit!), sowie ein Transfer der Ergebnisse in die Fachpraxis ebenso wie in die politische Diskussion.

Leider reicht der Platz nicht, um die Ergebnisse der geförderten Forschungsvorhaben detailliert auszubreiten. Daher muss eine kurze Beschreibung der vier Projekte aus dem Bereich Offene Kinder- und Jugendarbeit und ein Überblick über die übergreifenden, gemeinsamen Ergebnisse gegeben werden.

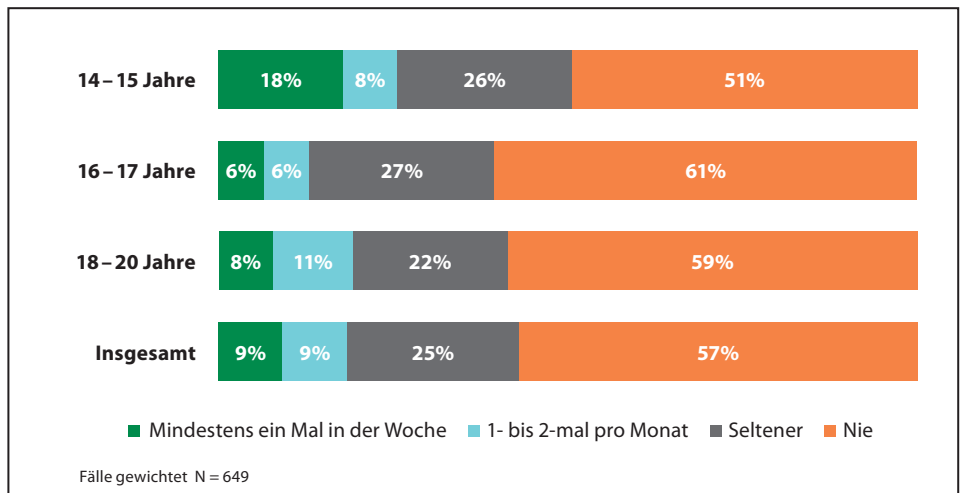
Kommunaler Verbund aus den Städten Ludwigsburg, Leonberg, Holzgerlingen und Weil der Stadt

An diesem Standort wurden zwei Untersuchungen gefördert: Zum einen eine repräsentative Jugendbefragung zur Nutzung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und ausgewählter Angebote der Jugendsozialarbeit von Jugendlichen insgesamt. Die zweite Untersuchung hat die Jugendlichen in diesen Kommunen befragt, die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit besuchen.

Die repräsentative Untersuchung bringt sehr präzise Daten zur Reichweite der Angebote (vgl. **Abb. 1, siehe unten**). Im Durchschnitt aller vier Kommunen erreicht die OKJA neun Prozent der Kinder und Jugendlichen⁵. Interessanterweise sind es in den kleineren Gemeinden etwas mehr, zwölf

Anteil der Besucher/-innen an den Befragten nach Alter

Betrachtet man die Häufigkeit der Besuche von Jugendtreffs zeigt sich, dass in der jüngsten Altersgruppe die meisten Intensiv- und Viel-Nutzerinnen und -Nutzer sind.



Quelle: Höfflin/Bartz 2017, S. 74

Gründe, die Einrichtungen nicht zu besuchen – offene Angaben

Antwort (codiert)	Anteil der Nennungen (%)
Der Freundeskreis hat eigene Treffpunkte	37
Fehlende Informationen	35
Zu wenig Zeit	16
Fehlendes Interesse	14
Unattraktiv / keine passenden Angebote	11
Private Treffpunkte / Outdoor-Aktivitäten werden bevorzugt	10
„Falsches“ Klientel	7
Keine örtliche Anbindung da Schulbesuch außerhalb oder neu zugezogen	6
In Kirche oder Verein organisiert	6
Hemmschwelle für Einzelne zu groß	4
Schlechter Ruf	3
Schlechte Erreichbarkeit / unpassende Öffnungszeiten	3
Sonstige Nennungen	4

N = 266. Mehrfachnennungen sind möglich. Prozentuierungsbasis: Anzahl der Nennungen

Quelle: Höfflin/Bartz 2017, S. 81

bzw. dreizehn Prozent in Holzgerlingen und Weil der Stadt. Das könnte am größeren (auch kommerziellen) Freizeitangebot in den größeren Kommunen liegen, vermuten die Autoren*innen.

An dieser Stelle besonders interessant, weil so explizit in keiner weiteren Studie untersucht, sind die Gründe für den Nichtbesuch. Häufigste Nennung (**Abb. 2, siehe oben**) ist ein Treffpunkt des Freundeskreises außerhalb der Einrichtung. Das korrespondiert übrigens bemerkenswert mit dem Ergebnis, das CLOOS/KÖNGETER in einer Untersuchung zu den Zugängen zu offenen Einrichtungen konstatieren: „Die Zugangsgeschichten der einzelnen Jugendlichen erweisen sich prinzipiell als Gruppengeschichten.“⁶ Eine Clique einigt sich offenbar auf einen Treffpunkt, der nicht die Einrichtung der OKJA ist. Diese Feststellung wirft neue Frage auf und

kann als Ausgangspunkt für ein genaueres Nachfragen genommen werden. Wie kommt diese Entscheidung zustande und wie ist sie begründet? Was könnte eine Einrichtung ändern, damit sie für eine Clique attraktiv wird? Das betont die Bedeutung der Arbeit mit ganzen Cliquen, entlastet aber tendenziell gleichzeitig die Fachkräfte: an ihnen liegt es meist nicht, wenn bestimmte Jugendliche nicht kommen. Besonders wichtig scheint eine attraktive Gestaltung der Einrichtungen zu sein. Sie sollen ja Treffpunkte der Jugendlichen werden.

Genauso interessant ist die zweithäufigste Nennung: die Jugendlichen hätten keine Informationen über die Einrichtungen. Ganz offenbar gibt es beim Informationsmanagement Verbesserungspotenzial.

Die Befragung der Nutzer*innen im Verbund der Kommunen erhebt detaillierte

sozialstrukturelle Daten, Bedarfe, Freizeitaktivitäten und versucht eine Typologie der Besucher*innen und ordnet ihnen bestimmte Freizeitaktivitäten zu.⁷ Die Ergebnisse dieser Befragung korrespondieren an verschiedenen Stellen mit der parallelen Jugendbefragung in den vier Kommunen. Das wird exemplarisch deutlich an den Motiven, die für den Erstbesuch einer Einrichtung erhoben wurden (**Abb 3, siehe unten**). Dort dominiert das Motiv „Freunde treffen“ mit großem Abstand.⁸ Das übrigens nicht nur als Erstbesuchsmotiv, sondern auch als Bleibemotiv⁹.

Freiburg

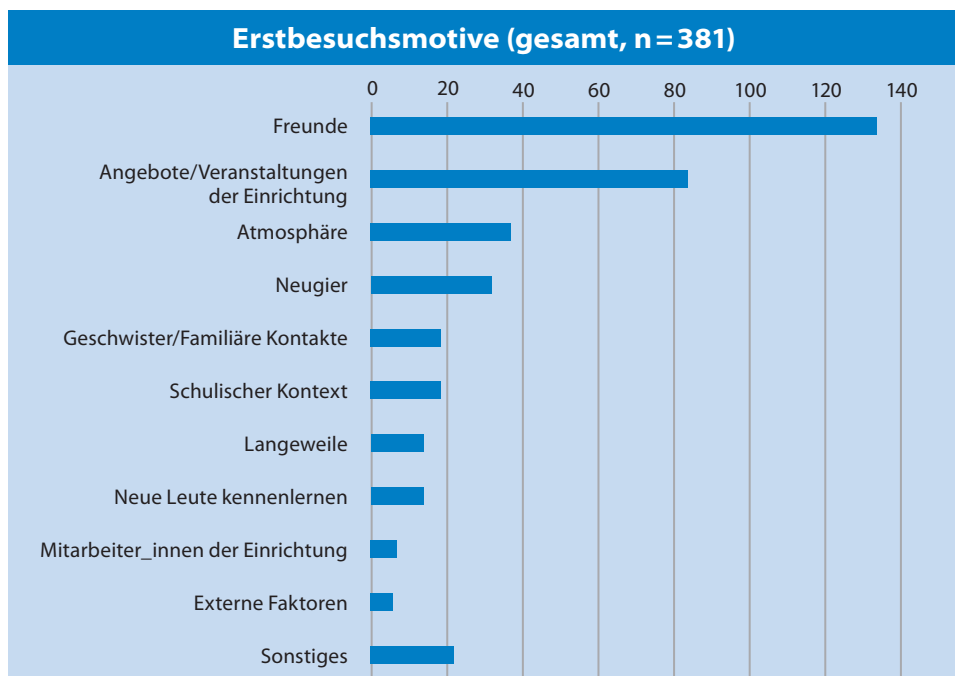
Die Reichweitenuntersuchung in Freiburg leistet neben einer sehr tiefgehenden Analyse der Besucher*innenstruktur auch eine detaillierte Untersuchung der Rahmenbedin-

gungen: Fachkräfte, finanzielle und räumliche Ausstattung. Sie widmet sich außerdem intensiv den Motiven der Besucher*innen: Warum gehen die Kinder und Jugendlichen in die Einrichtungen? Auffallender Befund: Mädchen werten Mitbestimmungsmöglichkeiten positiver und nutzen sie auch eher als Jungen¹⁰.

Die Untersuchung in Freiburg nimmt auch die vorhandenen Konzeptionen in den Blick. Welche thematische Ausrichtung gibt es? Dabei wurde deutlich, dass es sehr auf die Qualifikationen der Fachkräfte ankommt, u. a. ob Themen wie Rassismus oder demokratische Haltungen mit den Kindern und Jugendlichen angesprochen werden.

Stadtjugendausschuss Karlsruhe

Einen methodisch etwas anderen Weg nahm das Forschungsvorhaben des Stadtjugend-



Quelle: Mayer/Rahn/Daum 2017, S. 71

ausschusses in Karlsruhe. Dort wurden zwar Tagesbesucher*innen gezählt, diese dann aber auf die Zahl der Besuche im Jahr hochgerechnet. An dieser Stelle wird übrigens ein Mangel im Förderprogramm sichtbar: Die sehr unterschiedliche Methodik in den einzelnen Untersuchungen sollte unter den beteiligten Wissenschaftler*innen und den Trägern intensiv diskutiert werden. Welche Methodik hat welche Stärke, an welcher Stelle hat sie Schwächen? Diese Diskussion muss bei einer (wahrscheinlichen) Neuauflage des Förderprogramms dringend geführt werden.

Bemerkenswertes Ergebnis der Untersuchung in Karlsruhe ist die lange Verweildauer in den Einrichtungen von durchschnittlich mehr als zwei Stunden pro Besuch¹¹. Das zeigt eine große Verbundenheit der Kinder und Jugendlichen mit der Einrichtung. Interessant auch die erhobene

Besucher*innenverteilung im Tagesverlauf. Dort zeigt sich, das Mädchen vor allem am Nachmittag (u.a. bei inhaltlichen Angeboten) sehr gut vertreten sind, danach geht ihr Anteil deutlich zurück (**Abb. 4, siehe unten**)¹².

Gemeinsamkeiten

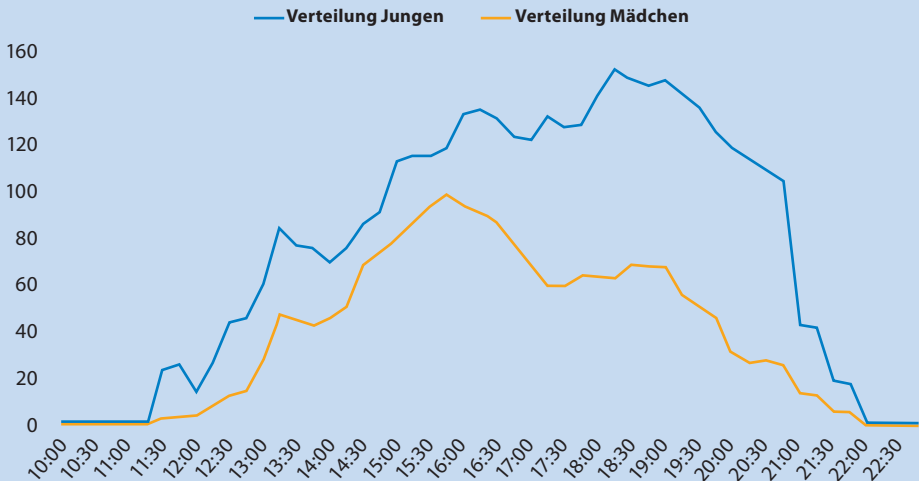
Wenn wir die Ergebnisse übergreifend betrachten, dann gibt es einige, die auch aus anderen Studien bzw. Praxisberichten bekannt sind¹³:

- Männliche Besucher dominieren vor allem im Offenen Betrieb¹⁴.
- Zentrales Motiv für den Besuch der Einrichtungen ist es, seine Freunde zu treffen¹⁵.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überproportional vertreten, so bei-

Besucherinnen- und Besucherverteilung im Tagesverlauf

Besucherverteilung im Tagesverlauf am Stichtag

Alle Einrichtungen (Angaben in absoluten Zahlen; n=645)



Quelle: Dalaker/Luley 2017, S. 19

spielsweise mit etwa 58% im kommunalen Verbund und fast 70% in Karlsruhe¹⁶.

- Neben vielen anderen Aktivitäten ist „Chillen“ für die Kinder und Jugendlichen sehr wichtig¹⁷. Das weist auf die zunehmende Bedeutung von Räumen hin, für die Kinder und Jugendlichen zunächst frei von inhaltlichen Vorgaben sind. „Chillen“ bedeutet dabei nicht einfach bloß nichts tun oder „rumhängen“. Die Kinder und Jugendlichen tauschen sich aus, hören Musik, besprechen ihre Themen, handeln Interessen aus, knüpfen Kontakte, positionieren sich in der Clique etc. Sie entscheiden selbst, welche Dinge für sie so große Bedeutung haben, um sich damit zu beschäftigen.

Bemerkenswert sind folgende Ergebnisse:

- Im Bereich der konkreten, „überschaubaren“ (also durchstrukturierten) Angebote verschwindet tendenziell die Dominanz der männlichen Besucher. Dort sind Mädchen deutlich stärker vertreten¹⁸.
- Kinder und Jugendliche bevorzugen Einrichtungen in ihrer Nähe bzw. in ihrem Stadtteil¹⁹. Die generell beobachtete zunehmende Mobilität von Jugendlichen scheint die Verbindung zur Einrichtung in „ihrem“ Stadtteil nicht zu gefährden.
- Die Bedeutung der Fachkräfte in den Einrichtungen ist für die Kinder und Jugendlichen überraschend hoch, sie werden sehr wertgeschätzt.
- Ergänzend dazu ist ein starkes Motiv von Kindern und Jugendlichen für den Besuch einer Einrichtung die Unterstützung bei Problemen bzw. die Beratung durch die Fachkräfte²⁰.
- Die Mitbestimmung in der Einrichtung ist für die meisten Besucher*innen ein wichtiges Element, das sehr wertgeschätzt wird²¹.
- Das erklärt die nach wie vor große Bedeu-

tung des „Offenen Betriebs“ in den Einrichtungen, den die Kinder und Jugendlichen für sehr wichtig halten und den sie sich sehr wünschen²².

- Insgesamt wünschen sich Kinder und Jugendliche die klassischen Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, sie wünschen sich Ansprechpartner und Freiräume.

Die anderen Arbeitsfelder

Aus dem Feld der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit wurde ein Forschungsvorhaben gefördert. Unter dem Titel „Jugend gefragt“ hat die evangelische Landeskirche in Württemberg und die in Baden eine im Schwerpunkt qualitative Ergänzung ihrer quantitativen Erhebung unter dem Titel „Jugend zählt“ durchgeführt²³. Die Studie beschreibt im Ergebnis vor allem die Rahmenbedingungen für eine gelingende kirchliche Kinder- und Jugendarbeit. Etwa zwanzig Prozent aller evangelischen Kinder und Jugendlichen zwischen sechs und zwanzig Jahren in Baden-Württemberg besuchen ein regelmäßiges Angebot der Kinder- und Jugendarbeit. Ziel der Studie war es, zentrale Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche kirchliche Kinder- und Jugendarbeit zu identifizieren. Dazu wurden in dreißig sehr aktiven Kirchengemeinden insgesamt 185 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen in Gruppen- und Einzelinterviews befragt.

Aus dem Feld der Jugendsozialarbeit kam lediglich die Studie „Freizeitort Europaviertel“. Sie beschreibt die Aneignung von Räumen in einem neuen Stadtteil in Stuttgart²⁴. Sie bietet eine quantitative Analyse der Jugendlichen, die sich dort aufhalten und beschreibt detailliert anhand von Interviewaussagen die Erfahrungen der Jugendlichen mit den Angeboten. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse gibt die Studie

vielfältige Hinweise und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Angebote und deren Potenziale für den Stadtteil und ist damit für Träger und Fachkräfte insbesondere in der Diskussion mit der kommunalen Politik von besonderer Bedeutung. Deutlich wird an dieser Studie, dass im Feld der Jugendsozialarbeit die „Reichweite“ der Angebote eine andere Bedeutung hat. In einem Angebot der Mobilien Jugendarbeit wird zwar die Zahl der erreichten Jugendlichen eine gewisse Relevanz haben, sie dürfte aber kaum als Prozentanteil in Bezug auf die Gesamtpopulation von Kindern und Jugendlichen Bedeutung haben. Das verändert die Perspektive auf die Ergebnisse und hat Auswirkungen auf Untersuchungsmethodik und die anschließende Fachdiskussion.

Was bedeuten diese Ergebnisse?

Die Zahlen und Daten, die Einschätzungen und Beschreibungen, die die empirische Sozialforschung liefert, sprechen in aller Regel nicht einfach für sich. Sie bedürfen der Einordnung und der Interpretation. Wie, so lautet die Frage, werden die Ergebnisse nutzbar für die drei eingangs erwähnten Nutzenaspekte der Reichweitenuntersuchungen?

Um es konkret zu machen: Ist die Zahl von sieben Prozent der Kinder und Jugendlichen in Ludwigsburg, die durch die Angebote der offenen Arbeit „erreicht“ (und wie genau erreicht, was bedeutet das?) werden, nun ein „guter“ Wert oder ein „schlechter“ Wert? Wer legt das fest? Was sind die Konsequenzen daraus?

Die Zahlen, die durch solche Untersuchungen in die Welt gesetzt werden, können wir als Fachkräfte nicht „alleine lassen“. In der Diskussion um die Verwendung der Ergebnisse war im Förderprogramm viel die Rede von der „Interpretationshoheit“. Das gestaltet sich entlang der Nutzenaspekte nochmal

verschieden. Werden die erhobenen Zahlen und Daten „intern“, also innerhalb des Trägers bzw. der Einrichtung verwendet, bleibt das Risiko überschaubar: Da gibt es i. d. R. den dafür notwendigen Raum, die Zahlen sinnvoll einzuordnen, ihre Entstehung und Bedeutung auf eine konzeptionelle Weiterentwicklung hin zu interpretieren.

Ähnliches gilt, wenn auch mit Einschränkungen, für die Diskussion in der Fachöffentlichkeit, also beispielsweise auf Fachtagen, Workshops etc. Zu den Ergebnissen des Förderprogrammes fanden zwei Fachtage zur Verbreitung der Ergebnisse in Fachkreisen statt. Die Debatte zu konzeptionellen Entwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit und zu Fragen der Sichtbarmachung der Leistungen können auf der Grundlage der Reichweitenuntersuchungen auf einem fachlich sehr guten Niveau geführt werden.

Gefahren birgt die Verwendung der Zahlen und Daten in der (kommunal)politischen Diskussion. Dort fehlen häufig die Räume für eine ausführliche Darstellung und Herleitung sowie für die richtigen fachlichen Konsequenzen aus den Ergebnissen. Nicht immer findet sich dann eine Lokalzeitung, die die Untersuchung beinahe ganzseitig mit ausführlichen Stellungnahmen referiert²⁵.

Leider gibt es derzeit noch keine systematische Sammlung und Auswertung der weiteren Verwendung und Diskussion der geförderten Studien. Auf dieser Grundlage könnte in der Folge eine Strategie beschrieben werden, wie die Daten zielführend in der politischen und öffentlichen Debatte für das Arbeitsfeld verwendet werden können, ohne dass sie einfach nur Bestehendes toll finden und damit Entwicklungen blockieren.

Resümee

Wollte man ein (vorläufiges) Resümee des Förderprogrammes ziehen, sind diese As-



Angelina Bartz und Peter Höfflin, Autor und Autorin der Jugendbefragung in den vier Kommunen

pekte von Bedeutung:

- Die Kooperation zwischen Träger und wissenschaftlichem Institut hat sich sehr bewährt.
- Trotz der relativ geringen Fördersumme sind sehr gute Resultate erzielt worden.
- Für ein flächendeckendes Bild der Reichweite der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit braucht es Nachfolgeprogramme (die derzeit in Arbeit sind).
- Studien zur Reichweite sind arbeitsfeldspezifisch unterschiedlich. Die Jugendsozialarbeit braucht für ihre Entwicklung anders gelagerte Erhebungen als die Kinder- und Jugendarbeit.
- Eine auf Dauer angelegte empirische Forschung zur Reichweite ist wünschenswert. Dadurch werden Entwicklungen

sichtbar, die sich schneller in konzeptionelle Veränderungen umsetzen lassen. Dabei geht es nicht nur um eine Verbreiterung der Studien im Sinne neuer Standorte, sondern auch um eine Vertiefung an Standorten aus dem vergangenen Förderprogramm.

- Die Studien müssen ausgewogener auf die verschiedenen Arbeitsfelder verteilt werden. Im vergangenen Förderprogramm hatte die Offene Kinder- und Jugendarbeit ein zu großes Übergewicht.

Derzeit ist durchaus zu erwarten, dass das Förderprogramm für die Jahre 2018 und 2019 vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg weitergeführt wird. Gute Aussichten!

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rauschenbach, Th. 2010, S. 355f.
- 2 Andreski, 1977, S. 21.
- 3 So Michael Pohlens in seinem Vortrag zur Studie „Jugend zählt“ am 22.11.2017 in Bad Saulgau.
- 4 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung Baden-Württemberg, 2013, S. 31.
- 5 Vgl. Höfflin/Bartz, 2017, S. 72f.
- 6 Cloos/Köngeter in Lindner (Hg.) 2008, S. 86.
- 7 Meyer/Rahn/Daum, 2017, S. 82.
- 8 Meyer/Rahn/Daum, 2017, S. 71
- 9 Ebd., S. 72., ähnlich auch Höfflin/Bartz 2017, S. 66 und Dalaker/Luley 2017, S. 47 und 51.
- 10 Mohnke/Breit 2017, S. 99ff.
- 11 Dalaker/Luley 2017, S. 16.
- 12 Dalaker/Luley 2017, S. 19.
- 13 Vgl. ebd., S. 17, dort wird auf andere Studien verwiesen, die dieselben Erkenntnisse gewonnen haben.
- 14 Das ergibt sich aus allen Untersuchungen.
- 15 Z. B. Mohnke/Breit 2017, S. 66
- 16 Meyer/Rahn/Daum, 2017., S 57., sowie: Dalaker/Luley 2017, S. 42
- 17 Z.B. Meyer/Rahn/Daum 2017, S. 74.
- 18 Vgl. Dalaker/Luley, S. 56.
- 19 Das ist für kleine Kommunen mit nur einer Einrichtung nicht weiter erstaunlich, zu diesem Ergebnis kommt aber auch Dalaker/Luley für die Stadt Karlsruhe (Dalaker/Luley 2017, S. 56f.) und ebenso die Studie aus Freiburg (Mohnke/Breit 2017, S. 64f).
- 20 Mohnke/Breit 2017, S. 88.
- 21 Mohnke/Breit 2017, S. 99f.
- 22 Z. B. Meyer/Rahn/Daum 2017, S. 76.
- 23 Ilg/Heinzmann/Cares 2014 sowie Ilg/Schweitzer 2016.
- 24 Meyer/Rahn/Daum/Koch 2017.
- 25 Wie beispielsweise in Ludwigsburg in der Ausgabe der Ludwigsburger Kreiszeitung am 13.01.2018

Literaturverzeichnis:

ANDRESKI, STANISLAV: **Die Hexenmeister der Sozialwissenschaft**, München 1977.

CLOOS, PETER/KÖNGETER, STEFAN: „...uns war langweilig, da ham wir das JUZ entdeckt“ – Empirische Befunde zum Zugang von Jugendlichen zur Jugendarbeit, in: LINDNER (HG.): **Kinder- und Jugendarbeit wirkt**, Wiesbaden 2008.

DALAKER, MICHAEL/ LULEY, TORSTEN: **Wie wird die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe genutzt?**, Stuttgart 2017.

HÖFFLIN, PETER/BARTZ, ANGELINA: **Reichweitenuntersuchung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen – Jugendbefragung**, Ludwigsburg 2017.

ILG, WOLFGANG/HEINZMANN, GOTTFRIED/CARES, MIKE: **Jugend zählt**, Stuttgart 2015.

ILG, WOLFGANG/SCHWEITZER, FRIEDRICH: **Jugend gefragt**, Stuttgart 2016.

MEYER, THOMAS/RAHN, SEBASTIAN/DAUM, STEFAN: **Reichweitenuntersuchung zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ludwigsburg, Leonberg, Weil der Stadt und Holzgerlingen** – Befragung von Nutzerinnen und Nutzern Stuttgart 2017.

THOMAS MEYER, SEBASTIAN RAHN, STEFAN DAUM, DANIEL KOCH: **Freizeitort Europaviertel**, Stuttgart 2017.

MOHNKE, MAIKE/BREIT, HELEN: **Reichweite der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für den Raum Freiburg**, Freiburg 2017.

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG BADEN-WÜRTTEMBERG, **Zukunftsplan Jugend**, Stuttgart 2013.

RAUSCHENBACH, THOMAS U. A., **Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg**. Eine Expertise, Dortmund 2010.

Die Reichweitenuntersuchungen sind als Download zu finden auf:

<http://www.lago-bw.de/reichweitenuntersuchungen.html>

Demokratie leben in selbstverwalteten Jugendtreffs Erfahrungen bei der Umsetzung eines Modellprojektes zur Förderung von Demokratiekompetenzen in ländlichen Räumen

Die Themenverbindung Offene Jugendarbeit und Demokratie hat in den letzten Jahren eindeutig Konjunktur, auch wenn die demokratierelevanten Potentiale der offenen Jugendeinrichtungen immer schon als Bestandteil des Leistungsprofils dieses Feldes ausgewiesen werden konnten. Mit der breiten gesellschaftlichen Diskussion um die Erosion der Demokratie angesichts des Aufkommens rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen sehen sich nun aber alle Bildungsinstitutionen verstärkt vor der Herausforderung, ihre Leistungen im Hinblick auf die Stärkung demokratischer Orientierungen darzustellen. Vor diesem Hintergrund entstand ein Projekt des Verbandes saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. – juz-united, bei dem die Demokratiepotentiale der selbstverwalteten Jugendzentren, Jugendtreffs und Jugendclubs im Saarland in den Fokus genommen und erforscht werden. Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Themenfeld „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ mit einer Laufzeit von fünf Jahren bis Ende 2019 gefördert. Im Team arbeiten vier pädagogische Fachkräfte. Für den Verband bietet das Projekt die Gelegenheit, Potentiale der Selbstverwaltung von Jugendeinrichtungen herauszustellen, fördernde und hemmende Faktoren des demokratischen Engagements von Jugendlichen zu erforschen sowie struk-

turellen Defiziten wie der Homogenisierung der Nutzergruppen hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildungshintergrund, Migrationsgeschichte etc. modellhaft entgegenzuwirken.

Im Folgenden soll das Projekt mit seinen Schwerpunkten vorgestellt und erste Erkenntnisse präsentiert werden.

Die selbstverwaltete Offene Jugendarbeit im Saarland

Das Saarland mit rund einer Million Einwohner*innen verfügt mit seinen (alt-)industriellen Zentren sowohl über Zonen hoher Verdichtung als auch über ländliche Räume mit für Jugendliche typischen Problemlagen wie eingeschränkter Mobilität und reduzierten Freizeitangeboten. Insgesamt kann das Saarland einen sehr spezifischen Mix an unterschiedlichen Einrichtungsprofilen und Trägerstrukturen entsprechend den jeweiligen sozialstrukturellen Standortbedingungen vorweisen. In den Verdichtungsräumen rund um die Landeshauptstadt und die Kreisstädte bilden größere, pädagogisch betreute Jugendzentren in Trägerschaft der Kommunen und Wohlfahrtsverbände die Einrichtungsschwerpunkte, während vor allem im ländlichen Raum, aber auch in einigen Kreisstädten und Mittelzentren die selbstverwalteten Jugendzentren und Jugendtreffs dominieren. Dieser Einrich-



JUZ Blieskastel

tungstyp stellt mit 135 Jugendzentren und Treffs den weitaus größten Anteil an der Infrastruktur der Offenen Jugendarbeit und ist auf Landesebene im eigenen Dachverband juz-united organisiert. Seit dessen Gründung vor 45 Jahren sind die Ideen der Jugendzentrumsbewegung hier virulent und geben immer wieder Anstöße für die Selbstverwaltungspraxis. Der Verband verfügt über zehn hauptamtliche Fachkräfte in unterschiedlichen Projektbereichen und unterstützt die engagierten Jugendlichen durch Beratungs- und Qualifizierungsangebote. Ergänzend zu den Unterstützungsleistungen der kommunalen Jugendarbeit, verfügen die Treffs so über professionelle Unterstützungsnetzwerke, die die Infrastruktur dauerhaft absichern.

Gerade im ländlichen Raum des Saarlandes sind, bei aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Einrichtungen und ihrer Einbettung in die kommunalen Gemeinwesen, die selbstverwalteten Treffs zentrale Einrichtungen der Jugendarbeit. Zu den typischen Leistungen der selbstverwalteten Jugendtreffs gehören ihre Funktion als Einstiegsort in das soziale Engagement, als Gemeinschaftsraum altersspezifischer Interessen und jugendkultureller Ausdrucksformen und der Integration von Jugend in die Gemeinwesen (z. B. über die Organisation der Traditionen im Ort). Dagegen sind die demokratierelevanten Potentiale des Einrichtungstyps allerdings kaum erforscht. Mit dem Projekt „OFFENSive!“ versuchen wir, diese Leerstelle zu füllen.

Projektzielsetzung: Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Zum Programmaufruf „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ kann man als Eingangstatement in unserer ersten Projektzeitung lesen: „Das machen doch die vielen selbstverwalteten Jugendclubs und Jugendtreffs bei uns auf dem Land at its best. Denn erstens braucht jede Demokratie sozial engagierte (junge) Menschen, die gelernt haben, sich um die eigenen und öffentlichen Belange zu kümmern, und zweitens übt man bei seinem Engagement im Jugendtreff immer auch demokratische Spielregeln ein“. Dies war der Ausgangspunkt für die Beteiligung am Bundesprogramm. Im weiteren Verlauf entwickelten sich konkretere Fragestellungen und Projektzielsetzungen: So sollen im Projektverlauf sowohl die Potentiale (und förderlichen Rahmenbedingungen) hinsichtlich der

Aktivierung von sozialem Engagement bei Jugendlichen herausgearbeitet werden als auch die demokratierelevanten Bildungsleistungen, die Jugendlichen aufgrund der Erfahrung von Selbstwirksamkeit in einem gemeinschaftlich organisierten Rahmen zuteilwerden.

Im Projekt werden aber auch strukturelle Schwächen des Einrichtungstyps in Hinblick auf die Heterogenität der Zielgruppen in den Fokus genommen und modellhaft Lösungen entwickelt, die auf eine stärkere Akzentuierung von Vielfalt und genereller Offenheit der Jugendtreffs abzielen. Damit wird nicht nur die Zielgruppenbreite erweitert, sondern die Einrichtungen fungieren als Impulsgeber für Vielfalt und gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den kommunalen Raum.

Um auf eine Verbreitung des Organisationsstyps selbstverwalteter Jugendtreff hin-



JUZ Geilautern

zuwirken, werden die Projekterfahrungen und Erkenntnisse durch internetbasierte Verbreitungsstrategien sowohl für Jugendliche als auch für Fachkräfte und kommunalpolitische Akteure zugänglich gemacht.

Projektumsetzung

Die Umsetzungsstrategien in den drei Projektsäulen, erstens Stärkung der Selbstorganisationspraxis, zweitens Heterogenität in den Einrichtungen und drittens Verbreitungsstrategien, erfolgen in einem Feld, das sich als ausgesprochen vielgestaltig zeigt. Je nach Gemeinde- und Raumgröße, sozialstrukturellen Faktoren (die auch im ländlichen Raum deutlich variieren) und der Etablierung der Einrichtungen im Gemeinwesen zeigen sich ganz unterschiedliche Organisationstypen und Alltags Herausforderungen für die engagierten Jugendlichen. Zu Pro-

jektbeginn wurden eine Bestandsaufnahme der Einrichtungen durchgeführt und erste Projektaktivitäten in einzelnen Treffs angebahnt.

Generell soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass Projektmaßnahmen, die in die Eigenlogik der Treffs und Autonomie der aktiven Jugendlichen eingreifen, nur möglich sind, weil die Fachkräfte des Verbandes als Interessenvertretung einzig auf der Seite der Jugendlichen stehen. Nur vor diesem Hintergrund ist die Vertrauensbasis gegeben, die notwendig ist für die Auseinandersetzung mit sensiblen Fragestellungen, wie z. B. in den Workshops zum Thema Vielfalt oder bei teaminternen Konflikten.

Selbstorganisationsförderung

Die Umsetzungsstrategien im Feld der Selbstorganisationsförderung differenzieren sich nach den typischen Verlaufsphasen der



JUZ Großbrosseln

Einrichtungen. Dazu gehören die Begleitung von Jugendinitiativen zur Gründung von Jugendtreffs, Durchsetzungsstrategien im kommunalpolitischen Feld, die Entwicklung angepasster Organisationstypen, die Bewältigung von Krisenphasen und gelungene Generationenübergänge. Zu den Aktivitäten der Fachkräfte gehört ebenso die systematische Reflexion der Dynamiken und Erfahrungsgehalte für die engagierten Jugendlichen. Dabei werden sowohl förderliche wie hemmende Faktoren für das soziale Engagement in den einzelnen Phasen herausgearbeitet. Exemplarisch wird eine Unterstützungsarbeit entwickelt, die zwischen den Autonomiewünschen der Jugendlichen, der Prozesshaftigkeit und Offenheit des Geschehens und den Rahmenseetzungen der Kommunalpolitik angemessen operiert.

Zu weiteren Aufgabenstellungen, die auf die Aktivierung neuer Jugendlicher abzie-

len, zählen die Durchführung von Jugendzukunftswerkstätten zur Bedarfsermittlung und Initiierung von neuen Jugendtreffs sowie die Neubelebung inaktiver Treffs.

Umgang mit Heterogenität und Vielfalt

In dieser zweiten Projektsäule haben sich schnell zwei Zugangsweisen etabliert. Einmal wurden Workshopmodule mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen entwickelt und umgesetzt. Beim Workshop „Vielfalt“ geht es um generelle Mechanismen in sozialen Gruppen, die auf Aus- und Eingrenzungsmechanismen beruhen und dabei immer auch mit Zuschreibungen, Etikettierungen und Hierarchisierungen arbeiten. Dabei werden Prozesse im Jugendtreff im Hinblick auf Exklusionstendenzen in den Blick genommen, aber auch der Bogen zu gesellschaftlichen Fragestellungen gespannt. In einem weiteren Workshopangebot geht es um die Zukunft



des Treffs, Fragen der Nachwuchsgewinnung und der Gestaltung des Generationenübergangs. Hierbei wird die Frage in den Blick genommen, mit welcher Haltung man den Jüngeren im Treff begegnet und erarbeitet, ob grundsätzlich alle potentiellen Nutzergruppen im Sozialraum wahrgenommen, angesprochen und einbezogen werden.

Ein drittes Workshopmodul wurde entwickelt, um Jugendliche darin zu stärken, mit rechten Provokationen und diskriminierenden Äußerungen in den Treffs konstruktiv, selbstbewusst und aufklärend umzugehen.

Die zweite Zugangsweise entwickelte sich Ende 2015 mit dem Zuzug vieler, auch junger Geflüchteter und ihrer dezentralen Unterbringung auch in den kleineren Ortschaften des Landes. Neben etlichen Willkommensinitiativen in den selbstverwalteten Jugendzentren und Treffs wurde schnell deutlich, dass es begleitender Angebote bedarf, um die jungen Geflüchteten gezielt anzusprechen und ihnen in den Jugendtreffs Möglichkeiten eines niedrigschwelligen Zugangs zu Gleichaltrigen zu ermöglichen. Das Konzept der „Internationalen Treffs“, das in rund fünfzehn Jugendzentren sehr erfolgreich durchgeführt wurde, wurde bereits ausführlich vorgestellt (vgl. Zeitschrift Offene Jugendarbeit 2/2016).

Verbreitungsstrategien

Das dritte Projektziel bezieht sich auf die Aufbereitung der Ergebnisse in Form eines Internetportals. In der Summe soll so ein Werkzeugkoffer entstehen, der die Praxis selbstverwalteter Einrichtungen systematisiert, Hilfestellungen für die Engagierten bereithält und angemessene Unterstützungspraktiken aufzeigt. Hierzu wurden mit Jugendlichen Video-Tutorials erarbeitet. Sie bieten praktische Hilfestellung bei alltäglichen Themen der Jugendtreffs. Die Projektergebnisse hinsichtlich der Unterstüt-

zungsstrukturen und -ansätze werden auch in Form von Fachaufsätzen und Fachtagungen für eine Verbreitung und Übertragbarkeit aufbereitet.

Auswertung erster Projektmaßnahmen im Feld der Selbstorganisationsförderung

Die Projektaktivitäten im Feld der Selbstorganisationsförderung sollten das gesamte Spektrum der Jugendtreffarbeit in den Blick nehmen und im Sinne einer begleitenden Handlungsforschung auswerten. Als Methodenset stehen dazu unter anderem qualitative Interviews, teilnehmende Beobachtung und aktivierende Befragung zur Verfügung. Handlungsleitend ist dabei die Ausgangsthese, dass die selbstorganisierten Einrichtungen ein hohes Potential sowohl bei der Aktivierung Jugendlicher zu sozialem Engagement entfalten als auch demokratische Prinzipien aufgrund der partizipativen Organisationsstruktur vermitteln.

Die in den konkreten Maßnahmen bisher ausgewerteten Ergebnisse sollen hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt werden. Dargestellt werden zunächst konkrete Interventionen an Einzelbeispielen, um im nächsten Schritt in der Gesamtsicht ausgewertet zu werden.

Begleitung bei der Neugründung von Jugendtreffinitiativen

So wurde bei der Begleitung der Initiativgruppen zur Einrichtung von Jugendtreffs kenntlich, dass die Jugendlichen sich anfänglich stark auf Erfahrungen in benachbarten Jugendtreffs bezogen. Eine hohe Dichte an Jugendtreffs kann also die Neugründung von Jugendtreffs begünstigen. Allein die Gründung als organisierte, handlungsfähige Gruppe, die Auseinandersetzung mit Satzungs- und Organisationsfragen, die Dynamik bei

der Auswahl der Außenvertretung, der Erstkontakt mit Ortsvorsteher und Gemeindegremien bedingen eine ganze Reihe an Ersterfahrungen in demokratischer Interessenaushandlung und Interessenvertretung. Spannend waren dabei die Prozesse positiver Gruppendynamik, die Gruppenformierung und die Ausrichtung und Platzierung der Gruppenmitglieder in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen, die Ausbildung eines Wir-Gefühls und die Ausrichtung auf positive Gruppenerfolge.

Begleitung bei Organisationsfragen in Jugendtreffs

Bei der Begleitung eines Jugendzentrums in Fragen der Alltagsorganisation konnte z. B. herausgearbeitet werden, wie sich die Etablierung eines zentralen Organisationsgremiums auf die Aktivierung einer neuen Nutzergruppe positiv auswirkt. Die alten eingefahrenen, eher informellen und diffusen Cliquenstrukturen behinderten das Engagement einer jüngeren Gruppe von Jugendlichen. Die Einführung einer wöchentlichen Vollversammlung gab der Artikulation ihrer Interessen Raum und motivierte zum dauerhaften Engagement.

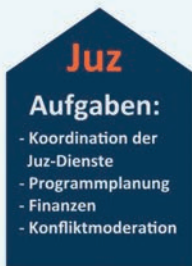
In den Fragen der internen Organisationsgestaltung gibt es eine große Bandbreite, von einer Anlehnung an unhinterfragte Cliquenstrukturen bis hin zur Umsetzung eines klassischen Vereinsmodells mit klaren Strukturen. Bei der Unterscheidung zwischen Modellen mit hohem Beteiligungsgrad und Modellen, die über „Etabliertenrechte“ organisiert werden, war es unser Anliegen, die Organisationsfragen im Hinblick auf die realen Beteiligungsmöglichkeiten zu durchleuchten. Hier liefert das Vereinsmodell, an dem sich die meisten selbstverwalteten Jugendzentren und Treffs orientieren, eine demokratische Grundstruktur, die aber in der Praxis auch ihre Fallen haben kann. Mit

den Projektmaßnahmen konnten wir in einigen Einrichtungen die Ausrichtung der Selbstverwaltungsgremien auf Diskursivität und Offenheit deutlich unterstützen und auf eine Diskussionskultur hinarbeiten, die Minderheitenpositionen mitberücksichtigt. Unser Ansatz zielt immer auch auf eine Reflexion von Ausgrenzungs- und Abwertungspraxen gegenüber Minderheitenpositionen und regt zur Perspektivübernahme an. Bei unserer Praxisbegleitung konnten wir aber auch mehrere Faktoren identifizieren, die die Ausrichtung der Gruppe auf eine breite demokratische Verfasstheit ganz generell unterstützen. Einmal sind gerade größere Veranstaltungen/Aktivitäten, die immer auch mit starken Anerkennungserfahrungen verbunden sind, nur mit einem breiten Aktivenstamm zu bewältigen. Der Einbezug aller und die diskursive Ausrichtung auf gemeinsame Interessen werden so zum Erfolgskriterium. Eine weitere Grundstruktur ist die tragende Idee der Gemeinschaft, einer „großen Familie“, wie dies in Interviews immer wieder betont wird. Diese „Community der Gleichen“, die an positiven Gemeinschaftserfahrungen orientiert ist, unterstützt die Ausrichtung auf demokratische, auf egalitären Strukturen basierende Grundprinzipien. (Abbildung rechte Seite)

Begleitung in Konfliktsituationen

In der Auswertung von typischen internen Konflikten in den Treffs wurde deutlich, wie fragil in bestimmten Entwicklungsphasen die internen Strukturen sind. Die Umwandlung von Freundschaftsbeziehungen in funktionale Netzwerke z. B. in den Vorstandsämtern, damit verwobene Status- und Anerkennungskonflikte und eine fehlende Konfliktmoderation können schnell eine destruktive Spirale in Gang setzen, die die Einrichtungen lähmt. Durch unsere Interventionen wurde aber auch kenntlich, wie sich nach

Herausforderungen und Kompetenzgewinne im Innenverhältnis



Herausforderungen

- Regelaushandlung
- Aufgabenverteilung
- Konfliktaushandlung
- Rollenklärung
- Statusaushandlung

Kompetenzerwerb

- Organisationskompetenz
- Kommunikationskompetenz
- Konfliktkompetenz
- Team-Kompetenz
- Kompromisskompetenz



Räume für Selbstwirksamkeitserfahrungen, Anerkennung und Gemeinschaft

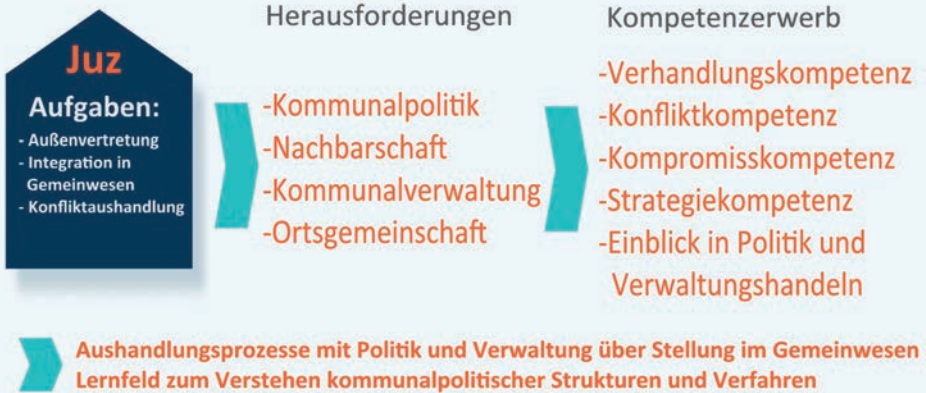
erfolgreicher Konfliktlösung positive Dynamiken entwickeln, in denen Jugendliche im Gruppenkontext durch gemeinschaftliche Aktivitäten deutliche Gewinne im Hinblick auf Selbstermächtigung, Ausweitung des Aktivitätsspektrums, Erweiterung des persönlichen Kompetenzprofils erfahren konnten. Dabei sind Anerkennungserfahrungen, die sich im Zuge gelungener Gemeinschaftsaktivitäten (von der ersten größeren Party bis zum Open-Air) einstellen, ein stark motivierender Faktor für die nächsten größeren gemeinschaftlichen Aktivitäten, bei denen die Jugendlichen wiederum ihr Erfahrungsspektrum erweitern.

Bei der Begleitung von Treffs, die sich in aktuellen Konflikten mit der Verwaltung und Kommunalpolitik oder der Nachbarschaft befanden, konnten ebenfalls ganz unterschiedliche Erfahrungen ausgewertet werden. Letztlich liegt den Konflikten ein Machtungleichgewicht zwischen Politik/Verwaltung und Jugendgruppe zugrunde. Das Empowern der Gruppe, die Vermittlung

von Strategie- und Verhandlungskompetenzen, letztlich aber auch das Auffangen von Frustrationserfahrungen gehört zu den methodischen Prinzipien, mit denen die Konflikte bearbeitet wurden. Ein parteiisches Lobbying zugunsten der Jugendinteressen durch die Projektfachkräfte unterstützte zusätzlich den Erfolg in Konfliktsituationen.

Auf der anderen Seite wurden in der Bestandsaufnahme sehr viele Beispiele aufgenommen, wie eine anerkennende Kommunalpolitik die Bereitschaft der Jugendlichen, sich aktiv in das Dorfgeschehen einzubringen, enorm beflügeln kann. Viele Jugendtreffs übernehmen federführend die Organisation von Traditionsfesten in den Gemeinden und erfahren dadurch einen Statusgewinn, beleben mit ihren Aktivitäten aber auch die lokalen Gemeinwesen. Für die Aktiven in den Treffs bedeuten solche mit öffentlicher Anerkennung verbundenen Aktivitäten auch eine persönliche Wertschätzung, sie werden als Potentialträger in der Dorfgemeinschaft wahrgenommen.

Herausforderungen und Kompetenzgewinne im Außenverhältnis



Zusammenfassung im Hinblick auf Demokratieförderung

Die dargestellten Beispiele geben einen ersten Einblick in die Projektpraxis und die Auswertung im Hinblick auf die Ausbildung demokratischer Kompetenzen. Es muss bei der Projektauswertung berücksichtigt werden, dass für das Feld der selbstorganisierten offenen Jugendarbeit auf eine kaum vorhandene Forschungsgrundlage zurückgegriffen werden kann, die Alltagspraxis in den Einrichtungen also grundlegend neu erkundet, ausdifferenziert und bewertet werden muss.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die aktiven Jugendlichen in den Einrichtungen Prozesse durchlaufen, die für sie ganz elementare Erfahrungs- und Handlungsoptionen eröffnen. Die Einrichtungen werden als Aneignungs- und Gestaltungsräume wahrgenommen, in die sich die Jugendlichen mit einem enormen Engagement einbringen. Die in der Struktur eingelagerte Herausforderung zur Verantwortungsübernahme und die kontinuierlichen Organisations- und Aushandlungsprozesse generieren einen Erprobungsraum, der als besonders intensives Feld individueller Identitätsbildung erfahren wird. Im Jugendtreffalltag werden den Beteiligten Möglichkeitsräume aufgeschlossen, in denen sie eigene Stärken ausbilden und einbringen und Muster einer solidarischen Vernetzung erproben können. Die Identifikation mit dem selbstgestalteten Treff ist durchweg stark ausgeprägt, wodurch die Bildungserfahrungen zusätzliche biografische Relevanz erhalten. Es kann beobachtet werden, wie sich die Identitätskonstruktionen durch die Erfahrungen eigener Gestaltungsmacht in einem gemeinschaftlichen Rahmen verändern. Die Möglichkeit, in einer biografisch entscheidenden Lebensphase Erfahrungen der eigenen Gestaltungsmacht und Selbstwirksamkeit zu erleben, kann dabei als Grundlage der Entwicklung zu einer aktiven Bürgerschaft gedeutet werden. Diese Erfahrungen sind nur möglich in einem auf dialogische

Aushandlungsprozesse mit den Interessen anderer ausgerichteten, gemeinschaftlich organisierten Rahmen. Diese kollektiven demokratischen Prozesse vermitteln wiederum politische Primärerfahrungen, die auch als demokratische Handlungskompetenzen gefasst werden können.

Zum Setting Selbstverwalteter Jugendtreff gehört auch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem umschließenden Gemeinwesen, mit der Kommunalpolitik und Verwaltung, die die Binnenerfahrungen der Jugendlichen mit den Erfordernissen der Erwachsenengesellschaft wie den Strukturen der Kommunalpolitik konfrontiert. Dies generiert ein eigenständiges Erfahrungsfeld, in dem die Jugendlichen bei der Interessenvertretung in kommunalen Gremien bürger-schaftliche Verhaltensdispositionen entwickeln. Ein weiterer Hinweis auf die Wirkung dieser politischen Primärerfahrungen ist auch eine hohe Anzahl ehemaliger Jugendtreff-Aktiver in den kommunalpolitischen Gremien des Saarlandes.

Die besondere Qualität und demokratische Substanz der selbstverwalteten Treffs kann in dem Zusammenwirken dieser drei Komponenten (individuelle Selbstermächtigung/Handlungswirksamkeit – demokratische Kollektivität – Interessenvertretung/Einwirkung im kommunalen Gemeinwesen) zusammengefasst werden. Diese Strukturcharakteristika sind grundlegend für die

Ausbildung demokratischer Handlungskompetenzen und eines aktiven bürgerschaftlichen Engagements.

Fazit und Ausblick

Dieser Überblick über den derzeitigen Stand unserer dreijährigen Projektpraxis stellt erste Erkenntnisse zusammen, lässt aber auch einige Fragen offen. Beobachtet wurde eine Veränderung der Sozialstruktur in eher zentrumsnahen Lagen. Hier müssen Konzepte entwickelt werden, die die Selbstverwaltung der Einrichtungen mit den Bedürfnislagen von Jugendlichen aus Armutsmilieus ermöglichen. Ein weiterer zentraler Schritt ist die Diskussion unserer Projektergebnisse vor dem Hintergrund von grundlegenden Konzepten der Demokratietheorie. Hier deuten sich spannende Diskussionen an, wie diese Theorien für eine weitere Fundierung unserer Arbeit nutzbar gemacht werden können. Zuletzt geht es uns auch darum, den Einrichtungstyp selbstverwalteter Jugendtreff aus dem Nischendasein im Feld der offenen Jugendarbeit herauszuholen und in die Diskussion um deren Weiterentwicklung einzubringen. Eine bundesweite Bestandsaufnahme wäre ein sinnvoller erster Schritt. Um dies zu erreichen, wünschen wir uns einen regen Austausch mit interessierten Kolleginnen und Kollegen.

„Becoming a part of Europe“ – ein transnationales Projekt zum Thema „Migration und Flucht“

„Becoming a part of Europe“ ist ein von neun Nationalagenturen des Programms „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“ gemeinsam durchgeführtes Projekt, bei dem es darum geht, die Rolle der Jugendarbeit und Jugendhilfe in der Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen, Migrant*innen und Asylbewerber*innen zu stärken. Auch Deutschland ist neben Belgien, Frankreich, Malta, den Niederlanden, Portugal, Italien, Slowenien und Schweden an diesem Projekt beteiligt und durch „JUGEND für Europa“ als Vermittler und Organisator vertreten. Angelegt auf drei Jahre (2017 – 2019) liegt der Schwerpunkt des Projekts auf der Frage, welchen Beitrag die Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe zur Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen leistet und wie diese Prozesse durch eine europäische Zusammenarbeit unterstützt werden können. Dabei steht der Austausch über gelungene Ansätze, ihre Verbreitung auf europäischer Ebene sowie die Entwicklung neuer Methoden im Fokus. Konkret bedeutet dies unter anderem, Politikempfehlungen zu geben, innovative Modelle, Techniken und Praktiken im Bereich der Integration und der Rolle der Jugendarbeit zu erarbeiten, um so neue Kapazitäten aufzubauen und die Kompetenzen der Aktiven in diesem Feld zu erhöhen.

Umgesetzt wird das Projekt ganz bewusst in Form eines Bottom-up-Prinzips, welches sich strukturiert durch den gesamten Verlauf zieht. So können die wichtigsten Akteur*innen im Bereich der Jugendarbeit/



Jugendhilfe sowie junge Geflüchtete und Asylsuchende mit in den Prozess einbezogen werden. Ihre Expertise als Aktive und Betroffene bilden somit den Kern und die Grundlage für den weiteren Verlauf des Projekts.

Ziele

Zusammengefasst lassen sich die Ziele des Programms wie folgt formulieren:

- Identifikation von best practice-Beispielen in der Jugendarbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen
- Jugendarbeit als Instrument zur Integration sichtbar machen
- Modelle und Praktiken in Europa zusammentragen, gegenseitig von den Kompetenzen der Jugendarbeit profitieren und diese stärken (Formulierung modellhafter Praxisprojekte und ihre Erprobung in den verschiedenen beteiligten EU-Ländern)

- Empfehlungen und Forderungen gegenüber der Politik formulieren, durch den strukturierten „Bottom-up“-Prozess

Nationale Expert*innengruppen

Für die Umsetzung des Projektes wurden im Frühjahr 2017 von den jeweiligen Jugendagenturen der beteiligten Länder zunächst sogenannte Nationale Expertengruppen (NEG) eingerichtet. In Deutschland lud Jugend für Europa Vertreter*innen aus den verschiedensten Bereichen der Jugendarbeit und Jugendhilfe, die im Kontext mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen aktiv sind, vom 27.4. bis 28.4.2017 nach Bonn ein, um den aktuellen Stand der Entwicklung in Deutschland zusammenzutragen und ihre Expertise einzubringen.

Dabei waren ehrenamtlich organisierte Vereine ebenso vertreten wie institutionell geförderte große Programme – der Jugendmigrationsdienst der BAG Katholische Jugendsozialarbeit, die AGJF Sachsen, transfer e.V., der Bayerische Jugendring, Gemeinsam leben & lernen in Europa e.V., Kubus e.V., INBAS GmbH, Jugend für Europa, die Initiative für Flüchtlinge Bonn e.V., und die AGOT NRW e.V. / BAG OKJE – um nur einige zu nennen.

Der Fokus des Austauschs im Rahmen dieses Treffens lag darauf, aus der vielfältigen deutschen Praxis der Jugendarbeit und Jugendhilfe gute Praxisbeispiele herauszufiltern und diese zu strukturieren, um sie im weiteren Verlauf des Programms in die euro-

päische Debatte einfließen zu lassen. Auf der Grundlage der vorgestellten Praxisbeispiele und angeregter Diskussionen wurden daraus resultierend Handlungsbedarfe für das Praxisfeld identifiziert und die Erwartungen der teilnehmenden Vertreter*innen an das Gesamtprojekt formuliert. Dabei wurde deutlich, dass die Bedarfe sich stark unterscheiden, je nachdem, welche*n Akteur*in sie betreffen. Ein ehrenamtlich organisierter Verein formulierte grundlegend andere Notwendigkeiten für eine gelungene Arbeit als institutionell geförderte Organisationen. Doch trotz der teils großen Unterschiede wurde ebenfalls ersichtlich, dass in den Themenbereichen Finanzierung, Qualifizierung und Datenbanken/Sammlung über alle Organisationen hinweg ein Bedarf festgestellt werden konnte.

Als Gesamtergebnis dieses ersten Treffens der NEG und dessen Nachbereitung standen Beispiele guter Praxis, eine „Life Story“ eines Geflüchteten, eine Auflistung der Handlungsbedarfe sowie detaillierte Interviews mit Fachkräften der Jugendarbeit und Jugendhilfe, die entsprechend zusammengefasst und redigiert an ein das Projekt begleitendes Forscher*innenteam gegeben wurden.

Treffen mit den Begleitforscher*innen und Vertreter*innen der Nationalen Expertengruppen in Braga

Am 13. und 14. September 2017 traf sich dann in Braga, Portugal jeweils eine Vertreter*in der Nationalen Expertengruppen zum Forscheraustausch auf EU-Ebene mit den Begleitforscher*innen. Die Wissenschaftler*innen hatten im Vorfeld zu diesem Treffen die Aufgabe, 114 best-practice Projekte der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, neunzehn „Life stories“



Arbeitsgemeinschaft Offene Türen
Nordrhein-Westfalen e.V.

von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, zwanzig Interviews mit Sozialarbeiter*innen, die in der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen tätig sind sowie Fachliteratur auszuwerten und daraus Thesen sowie allgemeine Erkenntnisse zu generieren. Heraus kam eine qualitative Studie, die die gemachten Erfahrungen aller beteiligten Akteur*innen in diesem Feld benennt, Thesen aufstellt, Gelingensbedingungen formuliert und versucht, allgemeingültige Aussagen zu treffen.

Das Treffen in Braga hatte aufbauend auf den Recherchen des Forscher*innenteams zum Zweck, die Kernaussagen des entstandenen Drafts mit den Vertreter*innen der NEGs zu diskutieren, zu überarbeiten und in den richtigen Kontext zu bringen. Dabei wurden Unterschiede zwischen den Ländern ersichtlich, die sich vor allem durch den unterschiedlichen Status in der Entwicklung der asylpolitischen Lage ergeben. Eine weitere interessante Erkenntnis war die einstimmige gemeinsame Betonung darauf, dass die Kinder- und Jugendarbeit sich generell an alle Kinder und Jugendlichen richtet und aus diesem Grund auch geflüchtete Kinder und Jugendliche Teil ihrer „Zielgruppe“ sind, dies sich jedoch nicht an ihrem Status bemisst, sondern an der Tatsache, dass sie Kinder und Jugendliche sind.

Peer Learning Conference in Amsterdam

Nahezu im Anschluss an das Treffen mit den Wissenschaftler*innen in Braga fand vom 3. bis 5. Oktober in Amsterdam die Peer Learning Conference statt. Vertreten waren dort zum einen drei bis vier Abgeordnete der NEGs sowie weitere Stakeholder, um noch einmal in größerer Runde die Ergebnisse des Austausches in Braga zu besprechen. Daraus resultierend wurden vier sogenann-

te Cluster-Groups gebildet, welche sich im Nachgang mit der Frage nach Empfehlungen für die Politik beschäftigen sollten.

Treffen der Nationalen Experten- gruppe in Bonn

Am 22. und 23. Januar 2018 fand in Bonn dann erneut ein Treffen der Nationalen Expertengruppe statt. Ebenso tagten die entsprechenden Gruppen der anderen beteiligten Länder, um die Ergebnisse der Peer Learning Conference und somit auch die der europäischen Auseinandersetzung im Detail noch einmal landesintern zu besprechen und auszuwerten.

Der weitere Prozess sieht wie folgt aus:

- Anfang 2018 soll die begleitende qualitative Studie auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Im Oktober 2018 findet eine weitere Peer Learning Conference in Slowenien statt, bei der die Ergebnisse der Cluster-Groups EU-Politiker*innen präsentiert und mit ihnen besprochen werden.
- Daraus resultierend und aufgrund der vorangegangenen Diskussionen, Recherchen und Studien werden im Laufe des Jahres 2019 beispielhaft innovative Projekte und Modelle zur Stärkung der Jugendarbeit bei der Arbeit mit Geflüchteten entworfen und in einem Pilotprojekt getestet.

2018 und 2019 versprechen also spannend zu werden und einen weiterhin interessanten und bereichernden Fachdiskurs auf europäischer Ebene bereitzuhalten.



„Meine 2. Heimat das Juze“ – Die Informationsbroschüre der AGJF zu den Grundsätzen und Leistungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie ist gedacht für Fachkräfte, die ihre Arbeit darstellen wollen (oder müssen) und für interessierte Laien, die sich über die Offene Kinder- und Jugendarbeit informieren wollen. Erhältlich als Download unter http://agjf.de/files/cto_layout/Material/PDFs/AGJF-Broschuere-web.pdf oder als kostenlose Druckversion bei der AGJF Geschäftsstelle.

„Selbstdarstellung“ der AGJF

Download unter http://agjf.de/files/cto_layout/Material/Publikationen-agjf/Selbstdarstellung-web.pdf



Mobile, aufsuchende Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen – Ein Projekt des Jugend- und Kindermobils JuKiMob

Das Jugend- und Kindermobil JuKiMob

Das Kinder- und Jugendmobil JuKiMob des VCP Bezirk Hannover e.V. ist eine Einrichtung der mobilen offenen Kinder- und Jugendarbeit, die seit nunmehr 27 Jahren in der Region Hannover (Stadtgebiet seit 1990 und Stadt Garbsen seit 2013) tätig ist. Herzstück der Einrichtung ist ein zu einem Spielmobil umgebautes Feuerwehrfahrzeug (zurzeit ist das dritte Fahrzeug im Einsatz), mit denen das benötigte Material von zwei hauptamtlichen Pädagog*innen zu den Einsätzen transportiert wird.

Der VCP Bezirk Hannover e. V. ist ein bundesweit organisierter Jugendverband mit evangelischen Wurzeln. Er ist einer emanzipatorischen Kinder- und Jugendarbeit verpflichtet und verbindet diese mit einem sozial-diakonischen Ziel: soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Partizipation und Beteiligung. Seine Angebote stehen für Integration und sozialen Ausgleich. Bereits vor vielen Jahren hat der Verband Formen offener und aufsuchender-mobiler Arbeit entwickelt. Der VCP kann von daher auf breite Erfahrungen mit mobilen aufsuchenden Angeboten für Kinder zurückblicken, weil er seit mehr als zwanzig Jahren mit Einrichtungen in diesem Arbeitsfeld unterwegs ist.

Mobil und flexibel

Mobil sein bedeutet für das JuKiMob Flexibilität und Unabhängigkeit von festen Ein-

richtungen und Orten. Die Angebote des JuKiMob finden dort statt, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, also direkt in ihrer Lebenswelt. Mobile Arbeit „sitzt“ insofern nicht in einem Gebäude und muss deshalb Kinder auch nicht erst ‚anlocken‘, damit sie die Angebote wahrnehmen. Mobile Arbeit sucht Kinder und Jugendliche selbst auf und fährt dann zu ihnen. Dadurch ist sie sehr niedrigschwellig: Die Kinder haben keine langen Wege und müssen auch keinerlei Vorleistungen erbringen, um an den entsprechenden Angeboten teilzunehmen.

Das JuKiMob sieht sich dabei als ein Spielmobil im sozialpädagogischen Bereich: Es arbeitet kontinuierlich an den jeweiligen Standorten in den Stadtteilen und bezieht dabei die jeweilige Infrastruktur in sein konzeptionelles Handeln ein, um so einen nachhaltigen Beitrag zu einer gelingenden Lebensqualität im Wohnumfeld leisten zu können. Mobilität und Flexibilität bedeutet für das JuKiMob auch, das eigene Konzept immer wieder zu überdenken, um sich an verändernde gesellschaftliche Realitäten anzupassen. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff des „rollenden Konzeptes“ geprägt.

Zielgruppe

Zielgruppe des JuKiMob sind in erster Linie Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren, allerdings gehören – aufgrund der Verankerung im öffentlichen Raum – auch jüngere und ältere Kinder sowie Eltern zur

JuKiMob

Jugend- und Kindermobil



Besucher*struktur. Die Angebote des JuKiMob richten sich an alle Kinder, völlig unabhängig von ihrer Herkunft, sozialem Status etc. Alle Kinder, die möchten, sollen die Chance haben, an den Angeboten des JuKiMob teilzunehmen.

Angebote

Im Zentrum der Angebote des JuKiMob steht die offene Arbeit an den jeweiligen Standorten. Die Teilnahme an den Angeboten ist freiwillig und in der Regel kostenlos. Besonderes Augenmerk wird hier auf Materialien und Gegenstände gelegt, die besonders vielseitig verwendbar sind und die Kreativität der Kinder fördern. Darüber hinaus stehen aber auch «fertige» Spielmaterialien zur Verfügung, wie z. B. Bälle, Rollreifen oder Gesellschaftsspiele. Des Weiteren, und hier zeigt sich deutlich der Ursprung der Einrichtung aus den Reihen eines Pfadfinderverbandes, sind auch Zeltplanen sowie Utensilien zum Feuermachen und Kochen mit an Bord.

Neben den Spielmaterialien, die zur freien Benutzung zur Verfügung stehen, gibt es jeden Nachmittag noch ein spezielles Angebot, das das Ziel verfolgt, gruppenähnliche Strukturen aufzubauen und zu fördern. Die Angebote sind je nach Alter und Fähigkei-

ten der Kinder in den jeweiligen Stadtteilen unterschiedlich und sehr vielfältig. Es gibt Bewegungs-, Bastel-, Bau-, Erkundungs-, Spiel- und Kochangebote, um nur einige zu nennen.

Auch bei gezielter Anleitung bleiben den Kindern noch genügend Freiräume zur eigenen Erprobung. «Learning by doing» heißt der Leitsatz, der nicht nur die mentalen, sondern auch die emotionalen, sozialen und handwerklichen Fähigkeiten einbezieht (handlungsorientiertes Lernen). Dabei ist das JuKiMob bemüht, aus Erlebnissen Erfahrungen werden zu lassen, die auch auf das alltägliche Leben der Kinder übertragbar sind.

Diese regelmäßigen Angebote werden durch eine Reihe spezifischer Aktionen ergänzt. So werden z. B. besondere Projekte, Fahrten und Freizeiten, Ausflüge und gemeinsame Aktionen mit dem Jugendverband angeboten. Darüber hinaus nimmt das JuKiMob regelmäßig an Stadtteil- und Gemeindefesten teil.

Mobile aufsuchende Angebote für geflüchtete junge Menschen – ein neues Projekt des JuKiMob

Planung, Konzeption und Entwicklung

Die o.g. konzeptionellen Grundsätze der Arbeitsweise des JuKiMob (z. B. das Miteinbeziehen von gesellschaftlichen Entwicklungen in konzeptionelle Überlegungen, «rollendes Konzept») führten bereits 2013, also noch vor den ersten großen Strömen Geflüchteter nach Deutschland, dazu, dass sich das Team Gedanken machte, wie das bereits bestehende Grundkonzept so modifiziert werden kann, dass auch geflüchtete Kinder und Jugendliche von der besonderen Arbeitsweise mobiler aufsuchender Angebote profitieren und bei der Integration unterstützt werden können.

Im ersten Schritt wurde ein Konzept erstellt. Gespräche mit bereits bestehenden Einrichtungen für Geflüchtete halfen dem Team dabei, besondere Schwerpunkte festzulegen und Besonderheiten mit einzubeziehen. Nach Fertigstellung des Konzeptes wurde ab 2014 nach einer geeigneten Finanzierungsquelle für dieses Projekt gesucht. Im Ursprung wurde dabei von einer Angebotsdauer von drei Jahren bei fünf Einsatztagen pro Woche mit zwei festangestellten Sozialpädagog*innen ausgegangen.

Es folgte eine Sondierungsphase mit Gesprächen mit öffentlichen und privaten Finanzgebern (Stadtverwaltung, Stiftungen, Landeskirche, Jugendverband u.a.). Im Verlauf dieser Gespräche musste das ursprüngliche Konzept mehrmals überarbeitet und verändert werden, um den jeweiligen Förderbedingungen gerecht werden zu können. Diese Phase erforderte ein hohes Maß an Geduld und Frustrationstoleranz: Es gab viele Rückschläge: Entwicklungen, die das eigene Konzept überrollten, Förderbedingungen, die sich gegenseitig widersprachen, Ablehnungen. Erst Ende 2016 wurde eine geeignete auskömmliche Finanzierungsmöglichkeit (über die BAG Spielmobile und die Landeskirche) für das Projekt gefunden,

so dass im August 2017 mit der praktischen Arbeit an einem Wohnheim gestartet werden konnte.

Das Projekt ist dabei um einiges kleiner als ursprünglich geplant: Zunächst für die Monate August bis Dezember 2017 geplant, wird nun zweimal pro Woche für drei Stunden ein Wohnheim in Hannover-Ahlem angefahren. Das Projekt verfügt hierbei um ein Personalstundenvolumen von 30 h/Woche, mit dem sowohl die administrativen, konzeptionellen als auch die praktischen Arbeitsanteile abgedeckt werden müssen. Dazu muss natürlich auch die weitere Absicherung des Projektes vorangetrieben werden, denn noch befindet sich das Projekt in der Aufbauphase.

Start des Projekts in Hannover Ahlem

Obwohl sich der «kleine Ableger des JuKi-Mobs» noch in der Aufbauphase befindet, weist schon jetzt vieles darauf hin, dass sich die Ausdauer gelohnt hat, um dieses Projekt zu realisieren. Das Angebot im Geflüchtetenwohnheim in Ahlem ist von Beginn an auf eine sehr große Resonanz bei den Bewohner*innen gestoßen, insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen, die selbstverständlich die entscheidende Zielgruppe des Projekts sind. Das wiederum verweist



auf den großen Bedarf nach genau einem solchen Angebot für geflüchtete Kinder und Jugendliche.

Anders als im Konzept des JuKiMob vorgesehen, wurde das Angebot im Geflüchtetenwohnheim entsprechend der Bewohnerstruktur angepasst und auf die rund fünfzig Kinder und Jugendlichen der Altersspanne von drei bis 14 Jahren ausgerichtet. Alles andere aber bleibt der konzeptionellen Struktur der mobilen Kinder- und Jugendarbeit des JuKiMobs treu – wenn auch im Geflüchtetenwohnheim in etwas kleinerem Rahmen gearbeitet wird. Das «rollende Konzept» mobiler Arbeit für Geflüchtete ist mit einem kleineren Fahrzeug in Bulli-Größe im Einsatz und dementsprechend mit weniger Materialien unterwegs. Zwar würde eine «Vergrößerung» des Projekts auch eine Verbesserung der vor Ort geleisteten Arbeit bedeuten, doch die Grundversorgung ist zumindest einmal gewährleistet.

Auch im Geflüchtetenwohnheim ist das Angebot selbstverständlich kostenlos. Die «fertigen» Spielmaterialien werden (wie bei der «großen Schwester JuKiMob») zu Beginn des Einsatzes von den Pädagog*innen aus dem Bulli geräumt. Wie in der Stadtteilarbeit, sind auch im Geflüchtetenwohnheim die Rollreifen und Bälle, wie auch einschlägige Gesellschaftsspiele wie Dobble und Uno besonders beliebt. Aber auch im Wohnheim wird von den Pädagog*innen Wert auf Materialien gelegt, die die Kreativität der geflüchteten Kinder und Jugendlichen fördern und besonders vielseitig sind. Weil es ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen «learning by doing»-Pädagogik des JuKiMobs ist, gibt es auch in der Geflüchteten Einrichtung jeden Nachmittag spezielle Angebote mit dem entsprechenden Ziel, gruppenähnliche Strukturen aufzubauen und zu fördern. Selbst bei gezielter Anleitung bleiben auch hier den Kindern und Jugendlichen immer

noch die benötigten Freiräume zur Selbstentfaltung durch eigene Erfahrungen.

Als wesentliches Ziel seiner Arbeit orientiert sich auch der kleine Ableger des JuKiMobs an den Überlegungen des hannoverschen Wegs gegen Kinderarmut. Dementsprechend haben soziale Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich und Inklusion einen kaum zu überschätzenden Stellenwert auch im Rahmen des neuen Projekts. Den geflüchteten Kindern und Jugendlichen werden mit der regelmäßig stattfindenden Betreuung vor Ort gesellschaftliche Teilhabechancen durch Perspektiven und die Schaffung von Kontakten in verschiedene Bereiche der Zivilgesellschaft ermöglicht. Gemeint sind damit vor allem die Vermittlung von dafür wichtigen Kontakten: zu anderen Kindern und Jugendlichen im Stadtteil oder der näheren Umgebung, die Vermittlung von Angeboten des Jugendverbandes und auch Angeboten anderer Jugendverbände etc. Zudem soll das regelmäßige Angebot auch in der Geflüchteten Einrichtung durch eine Reihe besonderer Aktionen wie Fahrten, Freizeiten, Ausflüge etc. ergänzt werden.

Zur Praxis der aufsuchenden Arbeit im Geflüchtetenheim Ahlem

Vor dem ersten Einsatz in der Einrichtung für Geflüchtete konnte man sich aufgrund der mangelnden Erfahrung in dem Bereich nicht auf etwaige Schwierigkeiten bzw. Besonderheiten bei der mobilen, offenen Kinder- und Jugendarbeit vor Ort einstellen. Anders als bei der «normalen» Stadtteilarbeit konnte man sich auf die neuen Herausforderungen nicht akribisch vorbereiten. Zum Beispiel wusste man nicht, was für Auswirkungen die Sprachbarriere auf die Arbeit vor Ort haben würde. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass die Sprachbarriere die Arbeit vor Ort in der Geflüchteten Einrichtung zwar erschwert, aber trotzdem nicht

wesentlich beeinträchtigt. Die Kinder und Jugendlichen kommen zumeist schon mit einem gewissen Grundwortschatz und lernen die neue Sprache generell schnell durch ihre gesellschaftliche Einbindung (Schule, Sportverein etc.).

Weil das Spiel mit den vom JuKiMob mitgebrachten Spielgeräten zunächst einmal auch keine fremdsprachlichen Vokabeln erfordert, kommt das niedrigschwellige Angebot des JuKiMobs den Kindern und Jugendlichen entgegen. Die Kinder kommen beim Spielen mit den mitgebrachten Materialien und Spielsachen miteinander in Kontakt und lernen auch dabei spielend und gemeinsam die neue Sprache – durch Nachfragen bei den Pädagogen und selbstverständlich auch mithilfe der angeleiteten Bastel- und Spielaktionen.

So ist, als ein Beispiel aus der praktischen Arbeit, eine solch scheinbar banale Aktion wie das Basteln von Papierflugzeugen oder -schiffchen mit den geflüchteten Kindern und Jugendlichen eine in vielerlei Hinsicht sinnvolle Tätigkeit. Die Pädagogen erklären den Kindern und Jugendlichen in einfachen Begriffen, was das Ziel der Aktion ist. Zudem wird anhand mitgebrachter Modelle auch schon einmal gezeigt, wie das fertig gebastelte Produkt später aussehen soll. Die Kinder und Jugendlichen erlernen und erleben dabei multisensorisch: sie lernen nicht nur, ein Papierflugzeug oder -boot zu basteln, sondern erweitern gleichzeitig ihr Vokabular. Danach spielen sie mit den gebastelten Flugzeugen und Schiffchen gemeinsam in der Gruppe.

Die Arbeit im Geflüchtetenwohnheim erweist sich als sehr vielschichtig, weil sie neben der Kinder- und Jugendarbeit auch noch Arbeit am Gemeinwesen ist. Die offene mobile Jugendarbeit steht dabei, durch den recht eingegrenzten Bereich der Wohnblöcke, als eine wirklich Offene Jugendarbeit

vor neuen Herausforderungen. Die Kinder und Jugendlichen, die in der Unterkunft leben, werden zwar sehr gut und hinreichend vom neuen mobilen Projekt der Kinder- und Jugendarbeit des VCP Hannover erreicht. Allerdings erweist sich die Vernetzung der Geflüchteten mit Kindern und Jugendlichen aus der unmittelbaren Nachbarschaft als schwierig. Vor allem durch die äußeren Bedingungen, die ein Geflüchtetenwohnheim mit sich bringt, ist es schwer, die Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil mit den geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Arbeit vor Ort zusammenzubringen.

Um eine Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erreichen, muss deshalb in Zukunft noch mehr auf besondere Aktionen gebaut werden: Fahrten und Freizeiten, Ausflüge und gemeinsame Aktionen mit dem Jugendverband etc. Langfristig muss deshalb daran gearbeitet werden, dass im Rahmen der Arbeit des VCP Hannover e.V. mit den geflüchteten Kindern und Jugendlichen die gesellschaftlich einbindenden, integrativen Maßnahmen greifen. Das kann und soll im Rahmen von Erkundungen und Begegnungen geschehen. Ergänzende, besondere Angebote des VCP wie Projekte, Fahrten und Freizeiten, Ausflüge und gemeinsame Aktionen mit Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil sollen und können in Zukunft auch den geflüchteten Kindern und Jugendlichen zugutekommen.

Aussicht

Gute Nachrichten gibt es zum Schluss: Inzwischen wird das Projekt in der Geflüchtetenunterkunft in Ahlem für ein weiteres halbes Jahr, bis einschließlich Juni 2018, gefördert. Das JuKiMob-Team arbeitet jedoch weiter an der finanziellen Absicherung, um nach der Aufbauphase mit dem Projekt in eine Konsolidierungsphase überzugehen.



OFFENE JUGENDARBEIT

erscheint viermal jährlich.

Einzelpreis Druckausgabe **6,- €**
(zzgl. Versandkosten)

Jahresabonnement **15,- €**
(inkl. Versandkosten)

Zeitschrift als PDF **3,- €**

Bestellung unter www.tbt-verlag.de.

Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



ANZEIGEN

1 SEITE* **(Volles Format)**

148 mm x 210 mm (End-Format),
Dateigröße: 153 mm x 220 mm

***HINWEIS**

Bei angelieferten Anzeigen, z. B. als PDF,
muss vor der Gestaltung bekannt sein, ob es
sich um eine rechte oder linke Seite handelt.

2-SPALTIG

1 Seite	126 mm x 185 mm
3/4 Seite	126 mm x 138,75 mm
1/2 Seite	126 mm x 92,5 mm
1/3 Seite	126 mm x 62 mm
1/4 Seite	126 mm x 46,25 mm

1-SPALTIG

1 Seite	61 mm x 185 mm
3/4 Seite	61 mm x 138,75 mm
1/2 Seite	61 mm x 92,5 mm
1/3 Seite	61 mm x 62 mm
1/4 Seite	61 mm x 46,25 mm

ANSPRECHPARTNER

Eric Bachert (BAG)

Telefon: 0711 / 89 69 15 -32

E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de



IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** gibt seit 2005 die seit 1991 regelmäßig erscheinende Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT** heraus.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

OFFENE JUGENDARBEIT

Praxis • Konzepte • Jugendpolitik

- Herausgeber:** Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V.
(BAG OKJE e.V.)
Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89 69 15-32 · Fax: 0711 / 89 69 15-88
E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de
- Verlag:** tb-verlag
Burkhard Fehrlen
Hegelstr. 48 · 72072 Tübingen
www.tbt-verlag.de · bfehlen@t-online.de
ISSN 0940-2888
- Gestaltung:** KOHLERDESIGN · www.kohlerdesign.de
- Auflage:** ca. 1.500 Exemplare, 4 x jährlich
- LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege
- Internet:** www.offene-jugendarbeit.info
- Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen
- Anzeigen:** Eric Bachert (BAG)
Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage.
Falls Sie Fragen haben, ist Eric Bachert
Ihr Gesprächspartner,
Telefon: 0711 / 89 69 15-32
E-Mail: e.bachert@bundesnetz.de



**MUSIK
IST UNS
WAS
WERT**